

# offen-siv

---

**Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

**5/2016**

---

**Spendenempfehlung: 3,00 €**

## **Ausgabe September-Oktober 2016**

Redaktionsnotiz.....	3
Nachrichten, Berichte und Reflexionen.....	7
Stellungnahme des Unentdecktes Land e.V. zu Hubertus Knabe und Beatrix von Storch (AfD).....	7
<i>Horst Schneider</i> : Wer trauert über Joachim Gaucks Abgang?.....	9
<i>Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg</i> : Solidaritäts-Aufruf für Odessa-Opfer vom 2. Mai 2014.....	20
<i>Hermann Jacobs</i> : Präludium – gegen „Marktsozialismus“? Eine Initiative der Kommunistischen Initiative – und der KPD.....	21

China.....	24
<i>Thanasis Spanidis: Die Diskussion um den Klassencharakter der VR China - Ausdruck der weltanschaulichen Krise der kommunistischen Weltbewegung.....</i>	
Russland.....	38
<i>Emiliano Cervi, Salvatore Vicario: Die Notwendigkeit der Klarheit über die ökonomische Struktur Russlands.....</i>	
Zur Geschichte des Sozialismus.....	48
<i>Stanislaw Gradow: Der Krieg zwischen Finnland und der Sowjetunion im Jahre 1941 im Zerrspiegel der antisowjetischen Propaganda.....</i>	
<i>Gerhard Schiller: Die Partei hat immer Recht.....</i>	
DKP.....	61
<i>Fritz Dittmar: Der ideologische Kern des Streits in der DKP.....</i>	
Fernstudium.....	68
<i>Frank Flegel: Drittes Seminar unseres gemeinsam mit der KPD organisierten marxistisch-leninistischen Fernstudiums.....</i>	

### **Impressum**

#### **offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Redaktion offen-siv, Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck

Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: [redaktion@offen-siv.com](mailto:redaktion@offen-siv.com), Internet: [www.offen-siv.net](http://www.offen-siv.net)

#### Spendenkonto:

In- und Ausland: Konto Frank Flegel,

IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2HXXX;

Kennwort Offensiv.

## Redaktionsnotiz

Die politische Lage in Deutschland verschärft sich annähernd wöchentlich – die politische und ökonomische Lage in der Welt ebenso. Aber wir wollen hier bei Deutschland bleiben: zwei Sachverhalte werden immer bedrohlicher.

Zum einen die Tatsache, dass die Faschisten, immer wieder von staatlichen Behörden nicht nur nicht gehindert, sondern gehätschelt und gefördert, zunehmend unbehelligt und immer offener ihre menschenverachtenden Parolen verbreiten, Gewalt ausüben und regional Angst und Schrecken verbreiten können. Und wenn sich antifaschistischer Widerstand zeigt, bekommen die Antifaschisten den Polizeiknüppel und die Klassenjustiz zu spüren, die Faschisten bleiben weitgehend straffrei.

Und zum anderen die Tatsache, dass immer direkter für den Krieg gerüstet wird. Die internationale Situation und die Russlandpolitik der NATO, der EU, Deutschlands und der USA geben zu großen Sorgen Anlass. Der Imperialismus ist nicht nur verantwortlich für die aktuellen Kriege in Syrien, der Ukraine/Ostukraine (und anderswo), sondern will weitere Destabilisierungen und „regime-changes“ in die Wege leiten, natürlich zur Not auch mit militärischen Mitteln. Auf der Agenda stehen da der Iran, aber auch Weißrussland - wobei es neben ökonomischen Aspekten um die weitere Einkreisung Russlands geht. Und der deutsche Imperialismus will dabei eine größere Rolle spielen. Die Rüstungsprojekte der Bundesregierung nehmen unglaubliche Ausmaße an.

Immerhin rührt sich die Friedensbewegung. Ihr Zustand ist allerdings wenig erfreulich. Ich möchte drei aktuelle Beispiele darstellen, die die Verwirrung zeigen, die in der Friedensbewegung herrscht, und ich möchte eine kurze Bilanz der wahrscheinlich erfolgreichsten Zeit der Friedensbewegung in Deutschland – was die Breite angeht – ziehen: die Zeit des Kampfes gegen den NATO-Doppelbeschluss Anfang der 80er Jahre.

Vor etwa einem Monat war in der UZ ein Artikel von Nina Hager zu lesen, in dem sie die menscheitsbedrohende Gefahr darstellte, die von den atomaren Waffen ausgeht. Sie nannte dabei die Länder, von denen diese Gefahr ausgehe, weil sie diese Waffen besitzen. Und dabei nannte sie auch die Volksrepublik Korea. Ich konnte es kaum glauben. Will Nina Hager Nordkorea entwaffnen? Und grundsätzlich: War das sozialistische Militär jemals eine Gefahr für den Weltfrieden? War der Satz: „Je stärker der Sozialismus, desto sicherer der Frieden“ falsch? Eine Revolution, die sich nicht verteidigen kann, ist nichts wert. Der Sozialismus muss sich gegen den Imperialismus und die Konterrevolution verteidigen. Aber der Sozialismus hat die Gewalt nicht erfunden, sondern vorgefunden. Es ist der Imperialismus, der zum Krieg

treibt, nicht der Sozialismus. Man sollte schon zwischen Tätern und Opfern, zwischen Aggressor und Verteidiger unterscheiden können.

Kurz danach ließ Laura von Wimmersperg in der „jungen Welt“ verlauten, dass man die Friedensbewegung nicht als eine linke Bewegung bezeichnen kann, das sei eine unzulässige Einschränkung. Im Zentrum der heutigen Gesellschaft in Deutschland, also im Zentrum dieses deutschen Imperialismus, ist Krieg Konsens. Die Parteien, die dieses Zentrum abbilden, die CDU/CSU, die SPD und die Grünen, haben den gleichen Konsens. Mir ist rätselhaft, wie man mit dieser „Mitte“ für den Frieden kämpfen will.

Wohin es führt, wenn man nicht zwischen Tätern und Opfern unterscheidet, sondern ganz allgemein „für den Frieden“ ist, zeigte sich u.a., als der Kasseler Friedensratschlag vor einiger Zeit davor warnte, im Syrien-Krieg Partei für eine der sich im Konflikt befindenden Mächte zu nehmen. Söldnerbanden, die im Auftrag von und finanziert durch den US-Imperialismus sowie die EU Syrien in ein ähnliches Chaos stürzen sollen, wie wir es in Libyen erlebt haben, werden gleichgesetzt mit der Armee eines demokratisch legitimierten Staatswesens, das sich gegen diese Banden verteidigt! Man kann es kaum fassen.

Ähnliches geschah leider schon im Oktober 1993. Es demonstrierten rund 1,3 Millionen Menschen, allein im Bonner Hofgarten waren rund 500.000 zusammen gekommen (ich war auch dabei), gegen den NATO-Doppelbeschluss.

Vorausgegangen war Folgendes:

Am 25. Juli 1980 forderte US-Präsident Jimmy Carter in der Presidential Directive 59 eine atomare Gegenstrategie und leitete damit eine Abkehr vom herkömmlichen strategischen Gleichgewicht ein. Im Dezember 1980 beschrieben die Pentagon-Berater Colin S. Gray und Keith Payne unter dem Titel „Sieg ist möglich“ einen atomaren Überraschungsangriff der USA mit dem Ziel, die politisch-militärische Führung der Sowjetunion auszuschalten, als notwendige Option. Sie kalkulierten dazu Millionen Todesopfer in Europa und den USA als akzeptabel ein.

Seit 1981 orientierte sich das Pentagon stärker auf diese Option, einen Atomkrieg führen, begrenzen und gewinnen zu können. 1982 schrieb Colin S. Gray im Air Force Magazin: „Der NATO-Plan, 108 Pershing II und 464 landgestützte Cruise Missiles zu stationieren, beabsichtigt nicht, ein Gegengewicht gegen die SS 20 zu schaffen... Die NATO braucht eine gute Anzahl dieser 572 Startrampen, ob nun die Sowjetunion ihre SS-20 bis auf Null abbaut oder nicht.“

Das Pentagon sprach von Enthauptung der Sowjetunion: Diese zu ermöglichen erschien nun als eigentlicher Zweck der Nachrüstung. Der im November 1980

gewählte US-Präsident Ronald Reagan erhöhte die Rüstungsausgaben der USA enorm und lehnte den noch nicht ratifizierten SALT-II-Vertrag ab. Er ließ die Produktion von Mittelstreckenraketen verdreifachen und sprach vom Totrüten des Ostens. Im August 1981 ließ er die Neutronenwaffe entgegen Carters Ablehnung weiterbauen. Im März 1983 nannte er die Sowjetunion das „Reich des Bösen“, rief zu einem weltweiten Kreuzzug gegen den Kommunismus auf und gab rund zwei Wochen später die Strategic Defense Initiative (SDI) bekannt. Damit signalisierte er eine Abkehr vom ABM-Vertrag von 1972. Als Ziel dieser Politik erschien, den USA uneinholbare technologische Überlegenheit und Unverwundbarkeit zu sichern und die sowjetische Zweitschlagfähigkeit, auf der das strategische Gleichgewicht beruht hatte, wirkungslos zu machen.

Die Sowjetunion rechnete wegen dieses Kurses seit 1981 mit einem atomaren Überraschungsangriff des Westens und richtete ihre Geheimdienste und ihr Militär darauf aus, Indikatoren dafür zu ermitteln. 1982 erklärte sie den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen und schlug einen entsprechenden multilateralen Vertrag vor. Die NATO-Staaten und die USA wiesen den Vorschlag zurück.

Der Friedensbewegung in Deutschland ging es zu recht darum, dass Deutschland nicht Schauplatz eines solchen Krieges werde.

Aber was machte sie daraus? Pazifismus! „Wenn wir gegen Pershing II und Cruise Missiles sind, müssen wir auch gegen die SS 20 sein.“ Schon damals also die gleiche Schwäche der Friedensbewegung, nicht zwischen Aggressor und Verteidiger unterscheiden zu können (oder zu wollen). Dieser Einfluss kleinbürgerlicher Friedensfreunde wurde nicht zurückgedrängt, im Gegenteil, die DKP-Führung hatte damals die Maxime herausgegeben: keine ideologischen Debatten! Alle sind willkommen. Wir stellen allen unsere Infrastruktur zur Verfügung (Kopierer, Druckmaschinen, Megaphone, Zelte usw). Manche Genossinnen und Genossen haben sich damals bitter darüber beschwert, solche Äquidistanz-Vorstellungen nicht diskutieren zu dürfen.

Nachträglich kann man sagen, dass diese Politik der DKP einen Grundstein legte für die bald danach entstehende Erneuererbewegung in der Partei, die die DKP 1989/90<sup>1</sup> fast zerstört hätte.

---

<sup>1</sup> Die damalige Abstimmung in der Führung der Partei über die Frage, ob sich die DKP auflösen und in der PDS aufgehen soll oder ob die DKP als eigenständige Partei weiterexistieren soll, endete mit einer Stimme Mehrheit für die Weiterexistenz!

So viel zur Geschichte. Viel gelernt hat die Friedensbewegung nicht daraus. Und dabei bräuchten wir so dringend eine Friedensbewegung, die die Frage der imperialistischen Weltaufteilung nicht ausklammert, die Täter und Opfer zu unterscheiden vermag, ohne kleinbürgerlich-pazifistische Kräfte auszugrenzen, aber mit der Option, diese mit der Imperialismusfrage zu konfrontieren, statt die Analyse der Kriegsgründe auszuklammern.

Es bleibt noch viel zu tun. Unsere Kräfte, also die des Marxismus-Leninismus, sind schwach. Aber es zeigt sich, dass Bildungsarbeit unerlässlich ist. Wir tun, was wir können.

In diesem Heft geht es um den immer aggressiver werdenden Antikommunismus (Hubertus Knabe, Joachim Gauck), um ökonomische Fragen, um analytische Einschätzungen Russlands und Chinas, um den Streit in der DKP und selbstverständlich ist auch wieder etwas zur Geschichte des Sozialismus dabei. Wir erwarten, dass die Arbeiten zu China und zu Russland Diskussionen hervorrufen, was uns freuen würde, denn wir halten einen offenen Diskurs über den Charakter dieser beiden Länder für dringend erforderlich. Die offen-siv ist für einen solchen Diskurs offen.

Die Analyse der neuen cubanischen Wirtschaftspolitik braucht noch etwas Zeit, wir müssen Euch also nochmal vertrösten, aber wir arbeiten daran. Ebenso wie wir an den andauernden Lay-Out-Problemen arbeiten. Wir haben eine Vermutung über die Ursache der Schriftveränderungen, die sich auch wieder in der Ausgabe Juli-August eingeschlichen hatten – und zwar bei der Übertragung in die Druckerei. Wir hoffen. Dass das Problem nun behoben ist.

Ihr wisst, dass Zeitungmachen Geld kostet. Trotzdem möchten wir Euch daran erinnern – und auch daran, dass wir an einer sehr interessanten Buchveröffentlichung arbeiten, den Briefen aus dem Gefängnis von Heinz Kessler.

Auch das kostet Geld, rund 4.500 Euro, die wir zurzeit nicht haben.

Wir bitten Euch um solidarische Unterstützung.

**Spendenkonto Offensiv:**  
**Konto Frank Flegel,**

**IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,**  
**BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.**

## Nachrichten, Berichte und Reflexionen

### *Stellungnahme des Unentdecktes Land e.V. zu Hubertus Knabe und Beatrix von Storch (AfD)*

Unsere für den 5.8. angekündigte Veranstaltung mit dem Rotfuchs Förderverein aus Anlass des 13. August konnte trotz Verleumdungen, Pressshetze und Drohanrufen im Vorfeld, trotz Ortswechsels und trotz Angst vor Übergriffen erfolgreich durchgeführt werden: mit 50 Teilnehmern aller Altersgruppen. Wir danken allen Teilnehmenden herzlich für ihr sachliches Interesse und ihre Diskussionsfreude.

Was war im Vorfeld geschehen? Am 3. August behaupten Redakteur Olaf Wedekind und Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe in der Bild-Zeitung fälschlich, die Zeitschrift RotFuchs und der Unentdecktes Land e.V. wollten den Mauerbau und die Toten an der DDR-Grenze feiern.

Nichts in den Veröffentlichungen der beiden Vereine weist auf die Absicht hin, zu "feiern".

Die Falschaussage übernehmen in den kommenden Tagen „B.Z.“, „Times“, „Berliner Woche“, die rechte Wochenzeitschrift „Junge Freiheit“ u.a. Ole Kreins (SPD) und Kai Wegner (CDU) rufen auf, einen herbeifabulierten „Festakt“ zu verhindern. Beatrix von Storch (AfD) betitelt in der "Jungen Freiheit" den RotFuchs und den Unentdecktes Land e.V. als „brandschatzende, mit faschistoiden Methoden agierende, menschen- und demokratieverachtende Antifa". Dem RotFuchs wird telefonisch mit Angriffen auf eine Veranstaltung im Vorfeld des 13. August gedroht. Presse und Bezirksamt erzwingen, dass die Veranstaltung nicht in den angekündigten Räumen stattfinden kann.

Dazu erklären wir: Die Behauptung von Hubertus Knabe und Beatrix von Storch, der Verein »Unentdecktes Land« feiere den Mauerbau, ist eine Verleumdung und verhöhnt die Opfer des Mauerbaus wie auch die Opfer des Mauerfalls.

Hubertus Knabe und Beatrix von Storch verhöhnern die Opfer des Mauerbaus. Sie instrumentalisieren die Toten für ihre egoistischen politischen Zwecke und schweigen sich über die Schuldigen für den Mauerbau aus. Schuld am Mauerbau war die BRD

mit ihrem Wirtschaftskrieg gegen die DDR, mit ihrer Boykotthetze und mit ihren Plänen zur militärischen Eroberung der DDR. Gegen eine militärische Lösung wandte sich auch der Präsident der USA, John F. Kennedy, als er sagte, die Mauer sei »keine sehr schöne Lösung, aber ... verdammt noch mal besser als ein Krieg«.

Hubertus Knabe und Beatrix von Storch verhöhnen auch die Opfer des Mauerfalls. Seit 1990 können deutsche Faschisten sich auch in der annektierten DDR organisieren, staatliche Gelder einstreichen, durch das Land marodieren und über 200 Menschen ermorden.

Seit 1990 versinkt das Gebiet der annektierten DDR in Massenarbeitslosigkeit, Deindustrialisierung, Kinderarmut.

Seit 1990 wird das Asylgesetz der BRD demontiert, krepieren Flüchtlinge in Auffangstellen, Abschiebegefängnissen und vor allem im Mittelmeer.

Und seit 1990 werden zahllose Staaten mit Krieg überzogen, Millionen getötet und dadurch auch reaktionärsten Bewegungen wie dem IS der Boden bereitet.

Über all diese Opfer des Mauerfalls schweigen Hubertus Knabe und Beatrix von Storch sich aus.

Der Verein »Unentdecktes Land« wird sich nicht von Leuten wie Hubertus Knabe, die als Nazismusrelativierer bekannt sind, und auch nicht von Leuten wie Beatrix von Storch, die als Nationalisten und Rassisten bekannt sind, die Versammlungsfreiheit und Redefreiheit nehmen lassen.

Die angekündigte antimilitaristische Großtransparentaktion „Diese Grenze wurde aufgehoben, damit wir gemeinsam wieder in den Krieg ziehen!“, die sich gegen die Verhöhnung der Opfer des Mauerbaus, gegen die Verhöhnung der Opfer des Mauerfalls und gegen die deutschen Kriege und Kriegstreiber richtet, wird am 13. August ab 14:00 Uhr auf dem Pariser Platz stattfinden – trotz Konfrontationsdrohungen in der Presse seitens einer vom „Förderverein der Gedenkstätte Hohenschönhausen“ und der „Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft“ angemeldeten Kundgebung am gleichen Ort stattfinden.

Versammlungs- und Meinungsfreiheit sind keine Güter, die mit Schlagzeilen und Titelseiten gehandelt werden. In einer Demokratie muss um ein Geschichtsbild gestritten werden können, auch öffentlich. Es wird nicht verordnet, auch nicht von einem Hubertus Knabe, einer Beatrix von Storch oder einer Bild-Zeitung.

Unentdecktes Land e.V.



## **Horst Schneider: Wer trauert über Joachim Gaucks Abgang?**

### **Anmerkungen zur Rolle Joachim Gaucks als Prediger zur DDR-Geschichte**

Der Bundespräsident hat Anfang Juni 2016 erklärt, dass er kein weiteres Mal für das Amt des Bundespräsidenten kandidiert. Manche Medien verordneten Trauermusik und behaupteten: *„Bis zuletzt hatten Millionen Deutsche gehofft, Joachim Gauck (76) würde ihnen fünf weitere Jahre als Bundespräsident erhalten bleiben.“*<sup>2</sup>

Wer kennt in seiner Umgebung einen Gauck-Fan?

Eine kritische Abrechnung mit seiner Politik hat sich Joachim Gauck redlich verdient. In diesem Beitrag wird nur auf einen Teil von Gaucks Wirken eingegangen, sein Geschichtsbild. Ich verwende dabei auch frühere Texte.

Wir haben einen Bundespräsidenten, der vier Berufe ausgeübt hat. Joachim Gauck war bis November 1989 Pastor in Rostock, eilte dann als „Bürgerrechtler“ nach Berlin, wurde Politiker und Abgeordneter, übernahm als Chef der Gauck-Behörde (mit seinem Amtsbruder Rainer Eppelmann) die Abrechnung mit der DDR-Geschichte und ihren Gestaltern.<sup>3</sup> Er erwarb sich bei den Einigen Ruhm als „Großinquisitor“, bei den Anderen Ablehnung und Hass. Dass er die Nation spaltete, ist verbreitete Erkenntnis.<sup>4</sup>

Uns interessiert hier eine Seite seines Wirkens, sein Geschichtsbild und dessen Wirkung. Joachim Gauck weist *einem* Geschichtsbild eine geschichtsbildende Kraft zu. In seiner ersten Rede als Bundespräsident am 23. März 2012 erklärte er vor dem Bundestag: *„Ich will meine Erinnerung als Kraft und Kraftquelle nutzen, mich und uns zu lehren und zu motivieren. Ich wünsche mir also eine lebendige Erinnerung auch an das, was in unserem Land nach all den Verbrechen der*

---

<sup>2</sup> Woche heute, 15.6.2016

<sup>3</sup> Biographisches in: Joachim Gauck: Winter im Sommer – Frühling im Herbst. München 2009;

Klaus Blessing/Manfred Manteuffel: Joachim Gauck. Der richtige Mann? Berlin 2013.

<sup>4</sup> Daniela Dahn: Joachim Gauck – gespalten statt versöhnt, Süddeutsche Zeitung, 10. Juni 2010.

*nationalsozialistischen Diktatur und nach den Gräueln des Krieges ist. In Deutschlands Westen trug es, dieses Gelungene, als Erstes den Namen 'Wirtschaftswunder'. Deutschland kam wieder auf die Beine. Die Vertriebenen, gar die Ausgebombten erhielten Wohnraum. Nach Jahren der Entbehrung nahm der Durchschnittsbürger teil am wachsenden Wohlstand, freilich nicht jeder im selben Maße.“<sup>5</sup>*

Dass es zwei deutsche Staaten gab, scheint der Ex-DDR-Bürger Gauck nicht zu wissen, auch nicht, wie Umsiedlern und Bombenopfern in der DDR Hilfe widerfuhr.

Gauck wählt als Staatsoberhaupt den Begriff „Vertriebene“, wie er in der BRD durch Gesetze vorgegeben war und von den Revanchistenverbänden instrumentalisiert wurde. „Vertreibung“ suggeriert Unrecht, das beseitigt werden müsse. Das „Unrecht der Vertreibung“ wurde zum geflügelten Wort. Das Potsdamer Abkommen spricht von der „Ausweisung Deutscher (Transfer)“, in der Tschechoslowakei galt der Begriff „odsum“ (Abschiebung), in der DDR, deren Staatsbürger Joachim Gauck gewesen ist, war der Begriff Umsiedler/Umsiedlung üblich. Die jeweilige Politik hat hier eindeutig die Begriffe bestimmt, und in den Begriffen zeigt sich die jeweilige Politik.

Der erste ostdeutsche Bundespräsident betrachtete die DDR in seiner ersten offiziellen Rede als terra incognita. Mehr noch, er betrachtet sich als „Opfer des Stalinismus“, weil 1951 sein Vater von sowjetischen Organen inhaftiert worden war und bis zur Freilassung der noch inhaftierten Kriegsverbrecher 1955 in Sibirien Zwangsarbeit leistete.<sup>6</sup> Mit diesem Vorfall in seiner Kindheit begründet Joachim Gauck ständig seinen militanten Antikommunismus, den er auch nach 1990 seiner gesamten Arbeit zugrunde legte, auch in seinen Reden und Schriften. Ich wähle hier Beispiele aus.

---

<sup>5</sup> Text der Rede in: Das Parlament, 26. März 2012.

<sup>6</sup> Joachim Gauck erklärte wiederholt, sein Vater sei Kapitän gewesen, der im Krieg nicht mehr zur See gefahren sei. Über die Gründe der Verhaftung seines Vaters schrieb er in seine Memoiren: „*Die ersten 25 Jahre wegen Spionage für einen Brief, den er von Fritz Löbau erhalten hatte, seinem ehemaligen Vorgesetzten auf der Rosslauer Werft, mit dem er 1947 Schnellboote für die Sowjets erprobt hatte. Löbau hatte sich in den Westen abgesetzt und meinen Vater zu einem Besuch in West-Berlin eingeladen, fünfzig Mark Reisegeld lagen dem Brief bei. Obwohl mein Vater nicht reagiert hatte, wurde ihm die Einladung bzw. diese Bekanntschaft zum Verhängnis. Löbau soll mit dem französischen Geheimdienst zusammengearbeitet haben.*“ Joachim Gauck: *Winter im Sommer – Frühling im Herbst. München 2009, S. 36*

Als Mitte der 90er Jahre der Ex-Maoist Stephane Courteois das „Schwarzbuch des Kommunismus“<sup>7</sup> herausgab, eines der übelsten Machwerke der antikommunistischen Literatur, fehlten dem Verlag deutsche Autoren, die über die DDR zu schreiben bereit sein würden. Offensichtlich wollte kein seriöser Historiker seinen Ruf ruinieren. Wer sprang ein? Zwei DDR-Pastoren aus dem Stall Gauck, Ehrhart Neubert und der Chef, Joachim Gauck höchstpersönlich. Und was lieferte Gauck ab? Lassen wir ihn selbst zu Wort kommen: *„Dem Wunsch des Piper-Verlages diesem Schwarzbuch einen Essay aus ostdeutscher Sicht beizufügen, entspreche ich nur zögernd. Ich bin weder Historiker noch Politikwissenschaftler. Zwar veranlasst mich mein jetziges Amt, am öffentlichen Diskurs über die untergegangene DDR-Gesellschaft teilzunehmen, aber eine erneute Analyse des Stasisystems könnte kaum über das hinausreichen, was schon in den letzten Jahren zutage gefördert wurde. Zudem legen die erregten Diskussionen über das Schwarzbuch nahe, einem ganz anderen Phänomen nachzugehen – dem Phänomen der selektiven Wahrnehmung. Warum haben wir nicht gewusst, was wir wussten? Warum haben wir nicht gewusst, was wir nicht wussten? Warum ist selbst unser Erinnern selektiv? Um es gleich zu sagen: Die Beschäftigung mit diesem Thema fiel mir nicht leicht. Denn ich spürte und spüre eine deutliche Unlust, meinen eigenen Wahrnehmungsdefiziten zu begegnen, die nun – fast zehn Jahre nach dem Umbruch – überdeutlich geworden sind“*<sup>8</sup>

Siehe da, Gauck entdeckt bei sich „Wahrnehmungsdefizite“. Er unternimmt aber dennoch einen Streifzug durch die DDR-Geschichte, wie sie in *seiner* – nach seinen eigenen Angaben defizitären – Wahrnehmung existierte. Für die Existenz des „stalinistischen Terrors“ führt ein Erlebnis ins Feld: *„Ich wuchs in einer der vielen Familien auf, die nach dem Krieg die neue Ordnung als despotisch, ungerecht, staatsterroristisch erfuhren. Als ältestes von vier Kindern erlebte ich, wie es ist, wenn der Ernährer `abgeholt` wird. Mein Vater war einer der Deutschen, die ohne Grund in einem Verfahren eines sowjetischen Militärtribunals zu 25 Jahren Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt wurden.“*<sup>9</sup>

Der Vater ist 1955, als Joachim Gauck 15 Jahre alt war, zur Familie zurückgekehrt. Hat der Sohn nie seinen Vater gefragt, warum er inhaftiert worden war?

Des weiteren wiederholt Gauck selbstverständlich die bekannten Klischees über den 17. Juni 1953 und den „Mauerbau“. Aber er fügt eine Passage ein, mit der er partielle

---

<sup>7</sup> Stephane Courteois: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror.

<sup>8</sup> Joachim Gauck: Vom schwierigen Umgang mit der Wahrnehmung; in: Courteois, a.a.O., S. 885

<sup>9</sup> Joachim Gauck, Ebenda, S. 886

Erfolge der SED zu erklären versucht: „Nach dem Fiasko des Dritten Reiches fanden die Kommunisten bei Teilen der Intellektuellen und Arbeitern ... Gehör mit ihrer Forderung nach einer sozialistischen Alternative. Denn das ‚Monopolkapital‘ und die ‚Finanzoligarchie‘ hatten die Diktatur in den Sattel gehoben; nur eine Macht der Arbeiter und Bauern würde eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung garantieren können. Die Themen Gerechtigkeit und Frieden knüpften zudem an alte Heilserwartungen aus der christlichen Verkündigung an. Bodenreform und sonstige Enteignungen sollten Reichen nehmen und Armen geben – war es nicht Jesus Christus selbst, der die Armen selig gepriesen hatte?“<sup>10</sup>

Warum das Fragezeichen. Zweifelt der Pfarrer Gauck an der Aussage seiner Bibel?

Aber weiter: Nach einem Exkurs über die Entspannungspolitik in den siebziger und achtziger Jahren, die er kritisch wertet, lautet sein Urteil: „Eine nüchterne Betrachtung der politischen Verhältnisse wird dennoch zu einem Urteil gelangen, das den Kommunismus ebenso als totalitär einstuft wie den Nationalsozialismus.“<sup>11</sup>

Diesen Satz müssen wir uns merken. Joachim Gauck vergleicht den Kommunismus und den „Nationalsozialismus“ nicht, er setzt beide gleich. Würde Gauck, etwas geschichtliche Bildung vorausgesetzt, vergleichen, müsste er stutzig werden. Waren es nicht die Kommunisten, die schon vor 1933 vor einer Herrschaft der Faschisten warnten? War es nicht Ernst Thälmann, der 1932 als Präsidentschaftskandidat prophezeite: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“?

Es ist infam, diejenigen mit den Faschisten gleichzusetzen, die Deutschlands friedliche Zukunft erkämpfen wollten. Gaucks Gleichsetzung lässt aufforchen. Das tun sonst nur extrem rechte, reaktionäre so genannte Totalitarismus“forscher“.<sup>12</sup>

Die Folgerungen, die Gauck im Satzesatz seines Beitrags formuliert, liegen auf der Hand: „Die Wahrnehmung der ‚schwarzen‘ Tatsachen roter Herrschaft lässt nur eine Einstellung zu: den antitotalitären Konsens aller Demokraten, der die intellektuelle und die politische Äquidistanz gegenüber Demokratie und Sozialismus verbietet.“<sup>13</sup>

Gauck spricht hier wie jemand, der über das Denken zu gebieten hat. Nur eine Einstellung hat es zu geben.

---

<sup>10</sup> Ebenda, S. 888

<sup>11</sup> Ebenda, S. 891

<sup>12</sup> Horst Schneider: Hysterische Historiker. Vom Sinn und Unsinn eines verordneten Geschichtsbildes. Berlin 2008

<sup>13</sup> Schwarzbuch, a.a.O., S. 894

So ist es kein Wunder, das Otto Dibelius – wie alle protestantischen Bischöfe – Hitler und den faschistischen Eroberungskrieg segneten, Gauck und seinesgleichen dann die DDR bekämpften.<sup>14</sup>

Wir kommen auf den „Antitotalitarismus“ Gaucks zurück. Zunächst: Das Mitwirken Gaucks am „Schwarzbuch des Kommunismus“ hat Symbolkraft. Er *wollte* zu den Einpeitschern des Antikommunismus gehören. Und dieser Beitrag war ja kein „Ausrunderer“. Der Großinquisitor nutzte jede Gelegenheit (mein Vater hätte „jede Hundehochzeit“ gesagt), um als „Prediger der Wahrheit“ aufzutreten.

Wenden wir uns zunächst seinen Auftritten auf den Bautzen-Foren zu, die jährlich im Mai stattfinden. Joachim Gauck ist fünfmal aufgetreten und besitzt damit einen Auftrittsrekord.<sup>15</sup>

1996 widmete sich Gauck dem Thema „Lernort Bautzen – Erinnerung und Aufarbeitung als Element geistiger Befreiung“. Er postulierte, dass es „für einen Demokraten angesichts der konkreten kommunistischen Gewaltherrschaft selbstverständlich (ist), Antikommunist zu sein“<sup>16</sup>

Ein Jahr später war Gauck wieder in Bautzen. Sein Thema: „Von einer Vergangenheit ohne Demokratie zu einer Zukunft ohne Zivilcourage“.

Nach einer Pause tauchte Gauck 2005 wieder in Bautzen auf. Nun predigte er über „Lebenswege in der SED-Diktatur“. Der Text nimmt in der Dokumentation 29 Seiten ein. Die Geschichten, die Gauck aneinander fügte – über Mariechin, „die kleine Diplomatin“, und Paul, der Arzt werden will – sind so possierlich, dass selbst der Redner einflocht: „Nun denken Sie, ich betreibe hier Kabarett, aber das denkt man ja manchmal, wenn man von damals erzählt.“<sup>17</sup>

Joachim Gauck suchte als „Prediger der Wahrheit“ nicht nur Bautzen heim, sondern er kann stolz auf eine umfangreiche Liste von Auftritten verweisen. Hier eine Auswahl seiner Themen:

*Unterwerfung, Anpassung, Widerstand – Anmerkungen zum Leben unter totalitärer Herrschaft.* 19. Juli 1996, Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz, Berlin; *09. 10. Jahrestag des Mauerfalls.* November 1999, Sonderveranstaltung im Deutschen

---

<sup>14</sup> Horst Schneider: Unter dem Dach der Kirche. Berlin 2010

<sup>15</sup> Die Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht jährlich eine Dokumentation über die Bautzen-Foren.

Horst Schneider: Das Gelbe Elend und andere Lügen. Berlin 2012, S. 50f.

<sup>16</sup> 7. Bautzen-Forum, Dokumentation, S. 143

<sup>17</sup> Ebenda, S. 32

Bundestag; *Welche Erinnerung braucht Europa?* 28. März 2006, Robert-Bosch-Stiftung; *Rede zur Freiheit*, 21. April 2009 am Brandenburger Tor; *Unrechtsstaat DDR: Willkür, Gewalt, Macht*, 6. Mai 2010, Bautzener Forum; *Freiheit, Verantwortung, Gemeinsinn – Herausforderungen an Bürger, Staat und Politik*, 2011; und so weiter.

Schon aus den Überschriften geht der rote Faden der höchst unchristlichen, hasserfüllten Reden Gaucks hervor, die unbarmherzige Abrechnung mit der DDR. Es dürfte zweckmäßig sein, den Platz dieser Reden und damit Gaucks in der politischen Auseinandersetzung der Gegenwart zu bestimmen. Wir lassen uns dabei von Karl Marx und Friedrich Engels helfen. Sie schrieben in der „Deutschen Ideologie“: *„Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zur Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so dass ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind. Die herrschenden Gedanken sind weiter nichts als der ideelle Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse.“*<sup>18</sup>

Dass Joachim Gauck seinen Platz als „Wanderprediger“ der staatlich verordneten Totalitarismuskonzeption bewusst einnimmt, wird besonders deutlich in solchen Reden sichtbar, die er bei offiziellen Anlässen vor Landesparlamenten hält.

Der CDU-geführte sächsische Landtag hatte Joachim Gauck zum „Festakt zum Tag der deutschen Einheit“ am 3. Oktober 2007 eingeladen.<sup>19</sup> Thema: „Freiheit wagen“. Er fand es vor dem sächsischen Landtag schön, *„dass hier ein Vertreter der nationalen Minderheit sprechen darf“*. Um Missverständnisse zu vermeiden, präziserte er, dass er mit „Minderheit“ nicht die Mecklenburger meinte (er stammt aus Mecklenburg): *„Ich meine die Menschen, die Freiheit für die Hauptsache im politischen Leben einer Nation halten.“*

Frage: Welche und wessen Freiheit? Man kann ja neugierig werden und tatsächlich fragen, welche Freiheit Gauck meinte. Für die „Krupps“ ist es einfach: Die „Freiheit“, fremde Arbeitskraft zu kaufen, und möglichst profitabel auszubeuten. Für die „Krauses“ ist die gemeinte „Freiheit“ auch erfassbar: Die eigene Arbeitskraft (das eigene Fell) möglichst teuer zu verkaufen, zumindest die nackte Existenz zu sichern.

---

<sup>18</sup> Marx-Engels-Werke, Band 3, Dietz-Verlag, Berlin 1969, S. 20-48

<sup>19</sup> Unter diesem Titel ist auch das Heft 39 der Schriftenreihe des Dresdener Landtages erschienen.

Und dann philosophierte (phantasierte?) er über die (seine?) Vergangenheit: *„Da saßen wir im Dunst der DDR-Wirklichkeit, mit Trabant und einer Spreewaldgurke. Wir fragten uns, wie kommen wir hoch, wenn wir nicht eintreten, wenn wir nicht niederfallen, und sie sagten uns, wir sind eine ganze historische Epoche weiter. Na gut, wen das trösten mochte! Ja was macht man dann? Was macht man dann? Das ist unser nächster Punkt.“*

Im Klartext Was machte 1989 derjenige, der „hochkommen“ wollte wie Gauck? Natürlich eine „friedliche Revolution“. Jedenfalls kam im Oktober 1989 *„das allerwunderbarste Erleben, das ein politischer Mensch sich überhaupt vorstellen kann, ein Fest der Wiedergeburt.“*

Aber Gauck hatte Anfang Oktober 1989 auch Angst: *Lasst uns an diese Angst denken. Leben ohne Angst ist nicht zu haben!*“ Wie war, die Frage ist wohl nur, wovor jemand Angst hat. Für Gauck war die Angst befristet auf jene Tage der „friedlichen Revolution“, für die er sich bei den „Kirchen des Landes“ bedankte. Für die Mehrzahl der DDR-Bürger begann sie jetzt erst.

Gauck umschrieb das, wenn er es „wunderbar“ fand damit, dass sich damals SED-Mitglieder an der „Delegitimierung“ der DDR beteiligten. Die Entwicklung in Berlin und Moskau und von Kuba bis Korea konnte Gauck in wenigen Worten erfassen: *„Ja, in Korea fressen die Unterdrückten zeitweilig Gras, und das über Jahre.“*

Gauck kam noch einmal breit auf 1989 zurück: *„Es ist für mich sehr interessant gewesen, dass es das Volk als politisch handelnden Akteur tatsächlich gibt. Ich dachte immer, das ist eine Erfindung aus politischen Büchern. Aber sich selbst als Teil eines Volkes zu sehen und zu erleben, das bereit und fähig ist, etwas zu riskieren für die Zukunft, das hat mein ganzes Denken und auch mein Verhältnis zu meinen Landsleuten total verändert.“* Die in Sachsen geprägte Losung „Wir sind das Volk“ war für Gauck ein „göttliches Geschenk“, das für ihn besondere Folgen auslöste. *„Ich hatte in diesen Wochen der überzogenen und hektischen Aktivitäten überhaupt keine körperlichen Gebrechen mehr. ... Es ist ein Fest gewesen. Die zauberhafte Hochzeit und noch kein Gefühl für die spätere lange Ebene und ihre Probleme. So etwas gibt es, solche Feste des Lebens. Die Mühen der Ehe sind da noch nicht im Blick, sondern es ist schön. Es explodiert. Die Befreiung ist immer schöner als Freiheit, weil da etwas anfängt. Deshalb sind wir heute ganz natürlicherweise anderer Stimmung. Dauerhochzeit ist nun mal nicht möglich, übrigens auch nicht wünschenswert.“*

Nachdem sich Gauck dann über seine Erlebnisse und Gefühle lang und breit ausgelassen hatte, griff er in die offizielle Erinnerungspolitik ein: *„Wir treffen uns im Osten Deutschlands. Und die Menschen, die hier aufgewachsen sind, haben 12 plus 44 Jahre Diktatur hinter sich. Klar, unter unterschiedlichen Fahnen und Ideologien,*

*aber in so unterschiedlichen Ideologien konnten die, die unten waren, gleichwohl sehr ähnliche Erfahrungen machen. Und wer immer diese Zeit erlebt hat, kennt diese Mischung aus Anpassung und Angst, die viele von uns umgeben hat, so als Schutzhaltung. Nur nicht auffallen... Man braucht die DDR nicht über die Stasi zu definieren, ich habe es selbst übrigens nie getan. Ich habe vor über 10 Jahren bereits darauf hingewiesen, dass die Aufarbeitung der DDR scheitern wird, wenn sie sich nur auf die Stasi konzentrieren würde. Aber allein die Aufzählung der Defizite zeigt uns, dass die DDR und die kommunistischen Satellitenstaaten insgesamt ein politischer Unort waren.“*

Gauck als Ratgeber der „Geschichtsaufarbeitung“ ist inzwischen eine Art Generalissimus geworden. Und die vom Kommunismus befreiten „Unorte“ sind inzwischen Orte unbegrenzter Freiheit und christlicher Glückseligkeit geworden, Sachsen vor allem. Am 19. Februar 2012 drückte Gauck, neben der Kanzlerin sitzend, seinen größten Wunsch aus: *„Mir ist am wichtigsten, dass die Menschen in diesem Land wieder lernen, dass sie in einem guten Land leben, das sie lieben können. Weil es ihnen die wunderbaren Möglichkeiten gibt, in einem erfüllten Leben Freiheit zu etwas und für etwas zu leben.“*

Die „Dresdner Rede“ Gaucks ist ein Musterbeispiel dafür, wie der ideologische „mainstream“ aussehen soll und wie Leute wie Joachim Gauck ihn hemmungslos bedienen. Mit einer ähnlichen Rede suchte Joachim Gauck die Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommerns am 13. Januar 1998 heim.<sup>20</sup>

Die Anmerkungen zu Gaucks Geschichtsbild können nicht beendet werden, ohne seine Stellung zur Totalitarismus-Doktrin und zur Totalitarismus“forschung“ hervorzuheben. Das tut auch Klaus Huhn in seiner verdienstvollen Recherche, auf die ich hier nachdrücklich verweise.<sup>21</sup>

Das Totalitarismus-Schema, die Gleichsetzung von Hitlerfaschismus und DDR ist die Folie, mit der die DDR-Geschichte überzogen wird. Die Totalitarismus“forschung“ wird an speziellen Institutionen, in Dresden auch unter Missbrauch des Namens Hannah Arendt betrieben.<sup>22</sup> Sie verfügen auch über Zeitschriften und Jahrbücher. Eine Art Dach und Zentrum für die Totalitarismus“forschung“ ist der „Veldensteiner Kreis

---

<sup>20</sup> Joachim Gauck: Erblast der Diktatur. Über den Sinn der Aufarbeitung totalitärer Herrschaft. 13. Januar 1998

<sup>21</sup> Klaus Huhn: Der Inquisitor kandidiert. Berlin 2010

Klaus Huhn. Die Gauck-Behörde. Der Inquisitor zieht ins Schloss. Berlin 2012

<sup>22</sup> Horst Schneider: Das Hannah-Arendt-Institut im Widerstreit politischer Interessen. Berlin 2004



zur Geschichte und Gegenwart von Extremismus und Demokratie“. Auf der Burg vor den Toren Nürnbergs, die von 1939 bis 1945 Hermann Göring gehörte, trifft sich seit 1990 zweimal jährlich eine illustre Runde unter der Schirmherrschaft von Prof. Dr. Eckhard Jesse (TU Chemnitz), Prof. Dr. Uwe Backes (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung Dresden) und Prof. Dr. Werner Müller (Universität Rostock). Referenten waren und sind Dr. Joachim Gauck, Dr. Hubertus Knabe, Prof. Dr. Seebacher-Brandt, Günter Schabowski, Dr. Stefan Wolle und Prof. Dr. Ernst Nolte (das ist jener Historiker, der in den 80er Jahren die These aufstellte, der Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion sei ein Präventivkrieg gewesen und die Gulags in der Sowjetunion hätten die Vorlage für die Nazi-KZs geliefert.) Zu den rechtslastigen Referenten gehörte auch Prof. Dr. Stephane Courtois, Mitherausgeber des „Schwarzbuch des Kommunismus – Unterdrückung, Verbrechen und Terror“.<sup>23</sup>

Zwischen Totalitarismus“forschern“ und der Behörde, der Gauck ihren Namen gab, gibt es Berührungspunkte bei der politischen Zielstellung, den staatlich vorgegebenen Aufgaben und personelle Verbindungen. Klaus-Dieter Henke, Ende der 90er Jahre Direktor des Hannah-Arendt-Instituts, arbeitete vorher in der Gauck-Behörde und publizierte dort. Sein Nachfolger, Gerhard Besier, nutze auf seine Angriffe auf „systemnahe“ DDR-Bischöfe und Pfarrer die Unterlagen der Gauck-Behörde.<sup>24</sup> Clemens Vollnhals schrieb für die Gauck-Behörde, ehe er an das Hannah-Arendt-Institut wechselte.<sup>25</sup>

Wie die „Bürgerrechtler“ von sich sagen können, „wir kannten uns alle“, so können das auch die Totalitarismus“forscher“ von sich sagen, deren Förderer und Wanderprediger jetzt Bundespräsident ist.

Klaus Huhn ist zu verdanken, dass Kritiker Gaucks auch das Dokument im Wortlaut prüfen können, das als deutsche Erstunterzeichner die Namen der Herren Joachim Gauck und Christoph Schaeffgen trägt, jenes Staatsanwalts, der nach 1990 die „Regierungskriminalität der DDR“ zu ahnden hatte, und ungeschminkt die Siegerjustiz organisierte.

---

<sup>23</sup> Klaus Huhn: Die Gauck-Behörde, a.a.O., S. 27

<sup>24</sup> Gerhard Besier/Stephan Wolf: Pfarrer, Christen, Katholiken. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen. Neukirchen 1992

<sup>25</sup> Clemens Vollnhals: Die Kirchenpolitik der SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz. Berlin 1997

Clemens Vollnhals: Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz. Berlin 1998

Im Dokument („Manifest“), das im Februar 2010 von Wortführern des strammsten Antikommunismus verabschiedet wurde, wird die ideologische Marschrichtung für „Europa“ verordnet.

*„Wir, Teilnehmer der internationalen Konferenz, Verbrechen der kommunistischen Regime“, die vom 24. bis 26. Februar 2010 in Prag stattfand, erklären:*

*1)- Kommunistische Regime begingen – und begehen in einigen Fällen immer noch – Verbrechen gegen die Menschheit in allen zentral- und osteuropäischen Ländern und in anderen Staaten, in denen der Kommunismus immer noch lebendig ist.*

*2)- Verbrechen gegen die Menschheit unterliegen, nach internationalem Recht, keiner gesetzlichen Verjährungsfrist. Die Gerechtigkeit, die den kommunistischen Verbrechern in den letzten 20 Jahren widerfahren ist, ist jedoch höchst unbefriedigend.*

*3)- Das Recht auf Gerechtigkeit darf abermillionen Opfern des Kommunismus nicht verweigert werden.*

*4)- Da Verbrechen gegen die Menschheit, die kommunistischen Regime begehen, nicht unter die Gerichtsbarkeit bestehender internationaler Gerichte fallen, fordern wir die Einsetzung eines neuen internationalen Gerichts für kommunistische Verbrechen mit Sitz in der EU. Kommunistische Verbrechen gegen die Menschheit müssen von diesem Gericht in ähnlicher Weise verurteilt und bestraft werden wie etwa die Naziverbrechen vom Nürnberger Gericht oder die Verbrechen im ehemaligen Jugoslawien.*

*5)- Kommunistische Verbrechen nicht zu bestrafen bedeutet, das Völkerrecht zu missachten und dadurch zu schwächen.*

*6)- Als Akt der Wiedergutmachung und Entschädigung müssen europäische Länder Rechtsvorschriften zur Angleichung der Renten und Sozialleistungen der kommunistischen Verbrecher einführen. In ihrer Höhe müssen sie jenen ihrer Opfer gleichwertig oder geringer sein.*

*7)- Da die Demokratie lernen muss, sich zu verteidigen, muss der Kommunismus in ähnlicher Weise verurteilt werden wie der Nazismus. Wir setzten die jeweiligen Verbrechen des Nazismus und des Kommunismus nicht gleich. Sie müssen aber studiert und nach ihren eigenen schrecklichen Verdiensten beurteilt werden. Kommunistische Ideologie und kommunistische Herrschaft stehen im Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention und zur Charta der Grundrechte der EU. Ebenso wie wir gegen die Relativierung der Naziverbrechen sind, akzeptieren wir auch keine Relativierung der kommunistischen Verbrechen.*

8)- *Wir rufen die EU-Mitgliedsstaaten dazu auf, Kenntnis und Erziehung über die Verbrechen des Kommunismus zu vertiefen; wir erinnern sie an die Notwendigkeit, die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 ohne Verzögerung umzusetzen, um den 23. August als europaweiten Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regimes zu begehen.*

9)- *Wie appellieren an die Europäische Kommission und an den Europäischen Rat für Justiz und Inneres, einen Rahmenbeschluss über ein europaweites Verbot der Rechtfertigung, Leugnung und Verniedlichung der kommunistischen Verbrechen anzunehmen.*

10)- *Die Einrichtung einer Plattform für das Gedächtnis und das Gewissen Europas, wie sie vom Europäischen Parlament und dem EU-Rat 2009 unterstützt wurde, muss auf EU-Ebene vollendet werden. Einzelne Regierungen müssen ihrer Verpflichtung, an der Arbeit dieser Plattform teilzunehmen, nachkommen.*

11)- *Als Akt der Anerkennung der Opfer und des Respekts vor ihrem unermesslichen Leid, das ihnen auf dem halben Kontinent zugefügt wurde, muss Europa, dem Beispiel des Denkmals in Washingtons, D.C., USA folgend, ein Denkmal für die Opfer des Weltkommunismus errichten.*<sup>26</sup>

Joachim Gauck gehört als zu denen, die behaupten:

- Die DDR habe „Verbrechen gegen die Menschheit“ begangen.
- Diese „Verbrechen“ würden nicht „verjähren“.
- Ein internationaler Gerichtshof solle gebildet werden und (wie das Tribunal in Nürnberg) die „Verbrecher“ bestrafen.
- Der Kommunismus müsse verurteilt werden wie der Nazismus.
- Der 23. August solle europaweit als Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regimes begangen werden.
- Ein Denkmal für die Opfer des Weltkommunismus soll errichtet werden.

Nun war Joachim Gauck einige Jahre „Präsident der Herzen“, der auf das Wohl *aller* Deutschen vereidigt wurde. Er erbat „Gottes Hilfe“. Das veranlasst mich, dem Exkurs über das antikommunistische und „antitotalitäre“ Geschichtsbild des Expfarrers mit einem Bibeltext aus Jesu` Feldrede zu beenden:

*„Richtet niemand, dann wird Gott auch euch nicht richten.  
Verurteilt niemand, dann wird Gott auch euch nicht verurteilen.  
Verzeiht, dann wird Gott euch verzeihen.*

---

<sup>26</sup> Klaus Huhn: Die Gauck-Behörde, a.a.O., S. 24f.

*Schenkt, dann wird Gott euch schenken; ja er beschenkt euch so überreich, dass ihr gar nicht alles fassen könnt.*

*Darum gebraucht anderen gegenüber ein reichliches Maß; Gott wird bei euch dasselbe Maß verwenden...*

*Warum kümmerst du dich um den Splitter im Auge deines Bruders und bemerkst nicht den Balken in deinem eigenen?*

*Wie kannst du zu deinem Bruder sagen: "Komm her, Bruder, ich will dir den Splitter aus dem Auge ziehen", und merkst gar nicht, dass du selbst einen ganzen Balken im Auge hast. Du Scheinheiliger, zieh erst den Balken aus deinem Auge, dann kannst du dich um den Splitter im Auge deines Bruders kümmern." (Lukas 6, 37.38.41.42)*

## **Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg: Solidaritäts-Aufruf für Odessa-Opfer vom 2. Mai 2014**

Liebe Antikriegsfreunde !

Seit dem schrecklichen Massaker im Gewerkschaftshaus von Odessa am 2. Mai 2014, bei dem 200 Menschen, Teilnehmer eines Volksfestes von ukrainischen Faschisten im Zusammenspiel mit der Kiewer Junta verbrannt, gefoltert und getötet wurden, lebt Oleg Muzyka, ein Zeitzeuge dieses Massakers und Organisator des Antimaidans von Odessa, gezwungener Maßen in Deutschland.

Er hat sich mit anderen Überlebenden Massakers von Odessa das Ziel gesetzt, die Schuldigen vor Gericht zu bringen und die EU-Politiker, als indirekte Mitschuldige an diesem schrecklichen Ereignis, anzuklagen. Denn die Politiker der EU haben nach ihrer Unterzeichnung des internationalen Abkommens mit der Ukraine am 21.2.2014 sofort nach dem seitens der USA inszenierten blutigen Regimechange im Zusammenspiel mit faschistischen Kräften der Ukraine am 22.2.2014 der an die Macht geputschten faschistoiden ukrainischen Regierung die Hand gereicht und sie sogar materiell unterstützt !!

Trotz Versprechen des EU-Parlaments, das Massaker von Odessa aufzuklären, blieb es bei dem gegebenen Versprechen !! Obwohl die Schuldigen dieses Massakers bekannt sind – einige von ihnen, die sich sogar an Morden beteiligt haben-- arbeiten bis heute im Stadtparlament von Odessa, ja sogar im ukrainischen Parlament, blieb die EU bis heute untätig!

Die Opfer dieses Massakers bzw. deren Familien haben zur Zeit nicht nur unter den ständig wachsenden schwierigen Lebensumständen seit dem Regimechange am

22.2.2014 zu leiden, sondern zusätzlich durch den Verlust ihrer Angehörigen, bzw. durch ihre durch das Massaker bedingte bleibende Invalidität.

Bitte üben Sie Solidarität und helfen Sie durch eine kleine Spende den Opfern des Massakers im Gewerkschaftshaus von Odessa am 2. Mai 2014 !

„Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“, 5.7.2016

Sparkasse Berlin

Privatkonto Kontoinhaber: Oleg Muzyka

IBAN:

DE14100500001065163980

BIC: BELADEBEXX

Betreff: Materielle Hilfe für Familie Vladimir Brygar und andere Betroffene

## **Hermann Jacobs: Präludium – gegen „Marktsozialismus“? Eine Initiative der Kommunistischen Initiative – und der KPD**

Sicherlich unbemerkt vom allgemeinen politischen Getriebe veröffentlichte die Zeitschrift „offen-siv“ in ihrer Ausgabe vom Mai/Juni 2016 eine Erklärung der „Kommunistischen Initiative Deutschland“ über den Beginn einer „engen Zusammenarbeit mit der KPD“; es werden Punkte aufgeführt, worin Übereinstimmung zwischen diesen beiden Organisationen besteht resp. entsteht. Genannt ist auch dieser Punkt: „...die Ablehnung des so genannten ‚Marktsozialismus‘“. (ebda. S. 24)

Und das ist schon bemerkenswert. Warum? Nicht, weil hier eine bestimmte Vorstellung von Sozialismus, eben der „Marktsozialismus“, abgelehnt wird – das haben andere schon vor KI und KPD getan, sondern dass die Ablehnung – in Deutschland erstmalig – durch *Organisationen* erfolgte, die sich, wie aus ihrem Namen zu ersehen ist, zu einer Gesellschaftsordnung sozialistischen bzw. kommunistischen Charakters bekennen. Deshalb spreche ich von einem Präludium, einem Auftakt. Es ist ein Unterschied, ob Personen oder Organisationen etwas ablehnen – wenn auch, wie aus der Geschichte bekannt, Personen Organisationen vorangehen können. Ein wirklicher Gegensatz in der Geschichte erfordert aber eine Organisation. Insofern wäre – in dieser Frage – eine neue Qualität erreicht.

Die Frage einer Marktwirtschaft im Sozialismus, ob sie einer Planwirtschaft des Sozialismus gegenüber zu stellen wäre, ist die umkämpfteste Frage in der inneren Geschichte der bisherigen sozialistischen Länder geworden – sie hat den realen

Sozialismus, der einer mit Planwirtschaft war, überdauert. Sie könnte die umkämpfteste theoretische Frage bei jedem erneuten Versuch, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, bleiben.

Was ist „Markt“, was „Sozialismus“, was soll die Verbindung von Beidem sein: „Marktsozialismus“? Meint „für den Marktsozialismus sein“ das, was nach dem Sozialismus kam, was für sich in Anspruch nimmt, die „Lehre“ aus dem zu sein, was man als die *Niederlage des Realsozialismus* bezeichnet, oder ist mit dem Terminus „für den Marktsozialismus sein“ gemeint, was noch *im* Sozialismus an Reformen in diese Richtung angedacht oder gar ausgeführt worden ist? Ich denke da an Liebermanns Ideen von einer (wieder) neuen – oder auch alten – Rolle des Gewinns in der betrieblichen Ökonomie, oder an die Kossygin-Reformen in der UdSSR, oder an die Dubcek- resp. Ota-Sik-Reformen in der CSSR – oder das NÖS der DDR. Aber man hat auch zu denken an die Selbstverwaltungs-Ökonomie Jugoslawiens, an, sagen wir das heutige „System“ in China, also die Deng-Reformen von 1978, wie schließlich an die „Reformen“, die in der letzten Periode der Sowjetunion, also unter M.S. Gorbatschow zwar ins Gespräch gebracht, aber nie in die Tat umgesetzt wurden, somit wohl nur dazu dienen sollten, den Abschied vom Sozialismus zu kaschieren.

Es ist eine sehr breite Palette, die sich da dem kritischen Geist anbietet. Selbst wenn man sie insgesamt meint und bearbeiten will: Was setzt man dagegen als das Eigentliche des Sozialismus? Man muss schließlich auch eine entwickelte Vorstellung dessen anbieten, was beim Sozialismus von der Sache her das Richtige ist, gewesen ist und noch immer ist – denn wir wollen nicht übersehen, dass alle der genannten Reformen sich gegen das richteten, was real zur Existenz gelangte: den planwirtschaftlichen Sozialismus, wie er *begonnen* wurde, zunächst in den theoretischen Prämissen von Marx und Engels, dann auch von Lenin – denn diese Planwirtschaft begann bekanntlich mit dem GOELRO-Plan, dem Plan der Elektrifizierung der Sowjetunion als der Grundlage für eine entwickelte Wirtschaft – 1920 begonnen, 1931 im wesentlichen vollendet.

Selbst als Lenin dann für die Wirtschaftspolitik die Neue Ökonomische Politik vorschlug, bleiben weiterhin 120 der großen/größten Betriebe einer staatlichen, also gesellschaftlichen Regulierung unterworfen, blieb also das erste Element der sowjetischen ökonomischen Geschichte, Planung, erhalten. Die NÖP war/wurde dann zwar wesentlich, aber nicht die Planung von Produktion dadurch unwesentlich; wir haben von zwei ökonomischen Elementen in der Zeit der NÖP (ab 1921 bis 1929) in der UdSSR zu sprechen.

Erst der Begriff der Fünf-Jahr-Planperiode brachte eine Konzentration wieder auf das nur eine Element – die allgemeine Planwirtschaft des Sozialismus, in der Form, wie sie zum entwickelten Kommunismus überleitet, überleiten sollte. Stalin setzt also

schon, wenn man so sagen darf, in einer mittleren Periode der Entwicklung einer sozialistischen Ökonomie an. Unter seiner Leitung wird nur ein System vervollkommen, was zuvor schon ein Element war. Ab der Periode der Fünf-Jahr-Pläne kann man in Bezug auf die Form Planwirtschaft schon von einem System sprechen – wichtig, sich auch des *System-Charakters einer Planwirtschaft* in einer Übergangsperiode zum entwickelten Kommunismus bewusst zu werden. Es war Planwirtschaft, was sich in den Dreißiger Jahren in der Sowjetunion entfaltete, allerdings noch *mit* den Formen Preis und Geld, jedoch von *eigenem* Mechanismus!

(....)

Wenn wir mal versuchen, alle oben genannten Reformen unter einen Begriff, unter eine Absicht zu bringen, dann geht es immer um die so genannte Selbsterwirtschaftung wie auch (darauf beruhend) Selbstverwaltung der so genannten finanziellen Mittel, die Betriebe (!) beim „Verkauf“ ihrer „Waren“ an „andere“ erzielen. Die „Betriebe“ sollen/wollen „ihr Geld“ behalten. Und selber damit „arbeiten“.<sup>27</sup> Und an wessen Stelle? An Stelle „des Staates“, einer zentralen ökonomischen Behörde (oder Institution).

Die Kritik am Staat (der „sich Rechte anmaßt“) ergänzt die Kritik an der Preisgestaltung, am neuen ökonomischen Subjekt (Planung statt Wertgesetz). Marktsozialismus ist Staatskritik des Sozialismus, denn keine Kritik an der planwirtschaftlichen Ökonomie des Sozialismus kommt ohne Kritik am staatlichen Sozialismus, an den neuen herrschenden Subjekten, aus.

Was wird kritisiert? Dieses: Die Betriebe verfügen nicht selbst über das Geld, das sie einnehmen (aus den Verkäufen), sondern die Verfügung wird an eine zentrale gesellschaftliche Behörde/Institution weitergeleitet, und erst auf dieser „Ebene“ wird das Geld wieder an die Betriebe umgeleitet – im Verhältnis zu den Planaufgaben (!) umgeleitet, um jetzt von den Betrieben ausgegeben werden zu können – für Käufe.

Vom Verhältnis her ist das eine Versorgung der Produzenten mit Geld für den *Verbrauch*. Es ist eine Bestimmung der Produktion durch die Konsumtion, nicht umgekehrt eine der Konsumtion durch die Produktion, wie es das Verhältnis in der Warenökonomie - oder eben „Marktwirtschaft“ - ist. Die Geldfondsausstattung der

---

<sup>27</sup> Stalins vorbeugender Gedanke von der „volkswirtschaftlichen oder Gesamtrentabilität“ einer Wirtschaft, der einen Durchbruch durch das bisherige betriebsorientierte Denken bedeutet, fand da keine Gnade mehr. Selbst Otto Reinhold, Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, sprach von „stalinschen Dogmen“.

Betriebe ist eine Form der Aneignung, die von *Gebrauchswerten* ausgeht! Also eine – *kommunistische Form*. Dem Geld im Sozialismus - der ersten Form des Kommunismus - kommt die Rolle zu, zu diesem neuen Regulierungsverhältnis des Kommunismus überzuleiten. Geld im Sozialismus ist nicht mehr in einem Verhältnis zur Warenökonomie, sondern in einem Verhältnis zur Gebrauchswertökonomie zu erklären.

In der Kritik an diesem System, d.h. am realen Sozialismus resp. an einem durch Planung geleiteten Sozialismus wird dieser Grund, d.h. wird überhaupt ein Grund für diese Wende im ökonomischen System verschwiegen.

Es ging normaler Weise so: „Den Betrieben wird etwas genommen“, Punkt. „Die Betriebe, die Arbeiter dieser Betriebe, sind nicht Eigentümer der Betriebe, der Produktion“. Wieder Punkt. „Der Staat ist es“, ein – „fremdes Organ“. Ausrufezeichen.

Aber sie sind doch als Konsumenten Eigentümer ihrer Arbeit, denn sie werden mit Geld in ihrer Eigenschaft als Verbraucher von Gebrauchswerten ausgestattet.

Wie eignet man Gebrauchswerte unmittelbar an? Nach dem Bedürfnis. Wann mehr, wann weniger? Wenn das Bedürfnis größer oder kleiner wird. Die Produktion hat sich nach dem Bedürfnis zu richten. Sie akkumuliert nicht an sich, sondern den Bedürfnissen entsprechend, also proportional den Schwankungen dieser. Die produzierte Menge an Gütern dagegen meldet – anders als eine produzierte Menge von Waren – kein eigenes Bedürfnis an außer dem, von den Bedürfnissen der Menschen selbst geleitet zu werden. Die Produktion – steht zur Verfügung. Weiter nichts. Sie sichert/hat zu sichern: Bedürfnisse.

Nochmal: Sie sind als Konsumenten Eigentümer ihrer Arbeit, denn sie werden mit Geld in ihrer Eigenschaft als Verbraucher von Gebrauchswerten ausgestattet. Also einmal: ausgestattet; real, aber: in einer neuen Beziehung. Und: Ist denn das schlecht, gar falsch?

Das soll mal erst einer beweisen. (...)

## China

***Thanasis Spanidis:* Die Diskussion um den Klassencharakter der VR China - Ausdruck der**



## **weltanschaulichen Krise der kommunistischen Weltbewegung**

**Langfassung. Quelle: [www.kommunisten-online.de](http://www.kommunisten-online.de)**

**(Eine gekürzte Fassung des Textes ist in Heft 41 von Theorie&Praxis veröffentlicht.)**

In der aktuellen innerkommunistischen Debatte scheint die mehrheitlich geteilte Position bezüglich des Charakters der VR China diejenige zu sein, der zufolge das bevölkerungsreichste Land der Welt nach wie vor auf sozialistischen Produktionsverhältnissen beruht oder sich zumindest auf dem Weg dahin befindet. Dafür wird eine Reihe von Argumenten vorgebracht, die ich ohne Anspruch auf Vollständigkeit wie folgt verstehe:

Erstens sei in China nach wie vor die Kommunistische Partei an der Macht, was die grundsätzlich sozialistische Entwicklungsrichtung, in manchen Sichtweisen[1] auch die Herrschaft der Arbeiterklasse verbürge.

Zweitens wird auf das Fortbestehen von öffentlichem Eigentum, sowie die teilweise wachsende Bedeutung makroökonomischer zentraler Steuerung und binnenmarktorientierter Sozial- und Infrastrukturpolitik verwiesen, was nach diesen Auffassungen wohl für einen rudimentären Sozialismus oder doch wenigstens die lenkende Rolle der Staatsmacht, also auch der KP stehen soll.

Drittens werden Verlautbarungen der KP Chinas, die den Sozialismus weiterhin als gesellschaftspolitisches Ziel und den Marxismus-Leninismus als Richtschnur von Strategie und Taktik der Partei bestimmen, für glaubwürdige Belege einer entsprechenden Zielsetzung gehalten.

Viertens gibt es den Verweis auf eine sich vom weltpolitischen Gebaren der etablierten imperialistischen Mächte unterscheidende Außenpolitik, die auf die Wahrung des Friedens und Kooperation statt gewaltsame Unterwerfung setze.

Und fünftens schließlich liegt all dem meistens implizit oder explizit die sehr grundsätzliche Argumentation zugrunde, dass der Sozialismus in einem unterentwickelten Land, das China in vielen Bereichen seiner Gesellschaftsstruktur unzweifelhaft immer noch ist, nur über eine lange Zwischenetappe erreicht werden könne, wofür dann gerne auch allerlei Klassiker-Zitate bemüht werden.

Natürlich treten diese Argumente in verschiedenen Variationen und Kombinationen auf, allerdings geht es mir nicht darum, auf einen bestimmten individuellen Diskussionsbeitrag zu antworten, sondern möglichst zu verallgemeinerbaren

Schlussfolgerungen zu kommen, die eine systematische Diskussion erleichtern. Im Folgenden werde ich eine fundamentale Gegenposition zu der oben skizzierten Argumentation darlegen und begründen.

Als Ausgangspunkt eignet sich die grundsätzliche Frage, ob es überhaupt eine mögliche Strategie sein kann, den „kapitalistischen Tiger (zu) reiten“[2], also kapitalistische Produktionsverhältnisse gezielt einzusetzen, um sich antikapitalistischen, letztlich sozialistischen Zielen zu nähern. Für den Historischen Materialismus bewegen sich die Argumente zu solchen Fragen nie allein im luftleeren Raum, als abstrakte Begriffsableitungen, sondern stützen sich auf die Verarbeitung historischer Erfahrungen. Konkret wird oft die Neue Ökonomische Politik (NEP) in der frühen Sowjetunion als Beispiel zitiert, das ähnlich dem heutigen China die Möglichkeit einer kommunistisch gelenkten, aber teilweise auf kapitalistischen Produktionsverhältnissen beruhenden Übergangsphase zum Sozialismus demonstrierte. Nun sind erstens die gravierenden Unterschiede zwischen der Politik der chinesischen KP und der NEP offensichtlich: Die NEP war nie mehr als eine Notlösung, dabei behielt die revolutionäre Partei die politische Macht in den Händen. Sie richtete sich in erster Linie an die Bauernschaft als Ablösung der Politik der Zwangsabgaben aus der Zeit des Bürgerkriegs. Kapitalistische Unternehmen waren nur im kleinen Maßstab erlaubt, Industrie, Außenhandel und Finanzwesen blieben im Wesentlichen Teil des sozialistischen Staatssektors. Zweitens sollte nicht vergessen werden, dass die NEP sich politisch als sehr kostspielig herausstellte, da sie die Entstehung einer neuen großbäuerlichen und bürgerlichen Klasse (Kulaken und „NEPmen“) begünstigte, die für die Sowjetmacht später eine existentielle Bedrohung darstellten. Daher war die NEP während ihrer gesamten Dauer auch in der Partei stark umstritten und wurde nach weniger als einem Jahrzehnt wieder beendet. Zum dritten Einwand, nämlich ob im heutigen China eine solche Phase notwendig und/oder möglich ist, komme ich später.

Die Vorstellung vom Kapitalismus als kontrollierter Zwischenphase zum Sozialismus neigt in jedem Fall dazu, gesellschaftliche Verhältnisse und historische Gesetzmäßigkeiten in der Betrachtung instrumentalistisch zu verkürzen. Besonders deutlich wird das im bekannten Ausspruch Deng Xiaopings: Ihm sei egal, ob eine Katze weiß oder schwarz sei, so lange sie Mäuse fange. Markt und Plan gelten demnach als zwei prinzipiell neutrale oder zumindest für unterschiedliche gesellschaftspolitische Ziele einsetzbare Instrumente (Verteilungsmechanismen), die je nach Situation im Sinne maximaler Effizienz kombiniert werden können. Die Einsicht, dass Kapital und Wertgesetz gesellschaftliche Verhältnisse darstellen, die auf der Produktionsweise der Bourgeoisie beruhen, dass Kapitalakkumulation und Expansion der Warenform zwei Seiten desselben Gesetzes sind, geht dabei tendenziell unter. Eine politische Führung, die dem sozialistischen Wirtschaftssektor

einen kapitalistischen beigesellt, produziert damit auch sämtliche Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise; sie muss Arbeitsrechte, soziale und ökologische Gesichtspunkte der Entwicklung des Kapitals opfern und hart erkämpfte Errungenschaften – wie im Fall Chinas die „eiserne Reisschüssel“, eine Art Grundsicherung – aufgeben; sie schafft eine neue Klasse, die zum sozialen Träger der Konterrevolution wird, sie fördert bürgerliche Bewusstseinsformen und setzt die sozialistische Produktion mindestens indirekt der Konkurrenz der kapitalistischen aus, womit politischer Druck auf „Reformierung“ der sozialistischen Unternehmen nach Gesichtspunkten kapitalistisch-betriebswirtschaftlicher Rationalität entsteht. Genau das ist in China schließlich auch geschehen: Relativ harmlos scheinende Lockerungen der zentralen Planwirtschaft schufen die Voraussetzungen und den Druck für weitergehende Änderungen bis hin zu den umfassenden Privatisierungen der 90er. Es zeigte sich, dass jeder Schritt in Richtung Markt die Voraussetzungen für eine zukünftige Kehrtwende in Richtung Planwirtschaft ein weiteres Stück zerstörte und die Wahrscheinlichkeit einer vollständigen kapitalistischen Restauration erhöhte – die in den 90ern dann erfolgte[3]. Allgemein wird eine ökonomisch herrschende Klasse geschaffen, die alles daran setzen wird, ihre ökonomische in politische Herrschaft zu übersetzen und dabei in wesentlichen Punkten erfolgreich ist. Voraussetzungen dafür bestehen in China in den traditionellen Netzwerken aus persönlichen Beziehungen, Gefälligkeiten und Abhängigkeiten (guanxi), außerdem in den engen Verbindungen und personellen Verflechtungen zwischen Staatsapparaten, KP und Bourgeoisie. Diese ergaben sich teilweise daraus, dass das Volkseigentum wie in der Sowjetunion und Osteuropa an ehemalige Betriebsdirektoren und Funktionäre zu Spottpreisen veräußert oder verschenkt wurde, deutlich erleichtert wurden sie durch die Entscheidung der Führung 2002, Angehörigen der Bourgeoisie den Parteibeitritt zu gestatten. Gleichzeitig sind sie unabdingbar als Kompensation für fehlende institutionelle Traditionen, die in den alten kapitalistischen Ländern die Rahmenordnung stellen, und als Brücken zum Weltmarkt.

Es ist offensichtlich, dass es sich hierbei um grundsätzliche Fragen kommunistischer Strategie handelt sowie um die Frage, was für eine Vorstellung vom Sozialismus vertreten wird und welches Bild in der Sozialismuspropaganda der Kommunisten vermittelt wird. Die „China-Frage“ ist somit kein randständiges Problem der kommunistischen Bewegung, sondern die darin auftauchenden Meinungsverschiedenheiten und Unklarheiten sind Ausdruck allgemeiner Probleme in der Theorie und Praxis der kommunistischen Bewegung, die an bestimmten Punkten unvermeidlich in Aporien führen müssen.

Nun zur Würdigung der oben skizzierten Argumente derer, die an einer Verteidigung der chinesischen Führung, mit welcher Vehemenz auch immer, prinzipiell festhalten:

### **Argument 1: In China ist die kommunistische Partei an der Macht**

Zunächst besteht ein kommunistisches Programm selbstverständlich nicht darin, eine Partei an die Macht zu bringen, sondern die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten, wobei die KP den am besten organisierten und bewusstesten Teil ausmacht und deshalb eine Führungsrolle spielt. In China regiert offensichtlich in erster Linie eine Partei- und Staatsbürokratie, während die institutionalisierte politische Rolle der Volksschichten eher marginal ist. Selbstverständlich hängt aber die Frage, wie „sauber“ sich demokratische Institutionen und Verfahren in einem sozialistischen Übergangsprozess herausbilden können, von den konkreten historischen Umständen ab und erfordert eine tiefere Analyse, als es hier möglich ist. Selbstverständlich bedeutet auch die Abwesenheit von imaginierten „Idealtypen“ sozialistischer Sozialformen nicht, dass von sozialistischen Verhältnissen im eingeschränkten Sinne nicht dennoch gesprochen werden kann. Deshalb werde ich mich im Folgenden stattdessen auf die Frage konzentrieren, ob die KPCh tatsächlich, wie sie behauptet, eine kommunistische Partei ist.

Welche Kriterien muss eine Partei erfüllen, damit wir sie eine kommunistische nennen? Da sind zunächst die Leninschen Organisationsprinzipien (Demokratischer Zentralismus, Kritik und Selbstkritik) zu nennen, dann ein kommunistisches Programm, eine marxistisch-leninistische Weltanschauung und ein proletarischer Klassencharakter. Keins dieser Elemente reicht dabei für sich genommen aus, um eine kommunistische Partei auszumachen.

Von einem kommunistischen Programm kann jenseits staatsoffizieller Phrasen schwerlich die Rede sein, wie die forcierte Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse im ganzen Land zeigt. Die Behauptung, es handle sich dabei um eine vorübergehende Zwischenphase ist nicht nur unbewiesen bzw. sie wäre erst im Nachhinein durch den Sieg des Kommunismus beweisbar, sondern auch theoretisch überaus schlecht begründet und zweifelhaft. Das umgesetzte Programm der KPCh führt zu einer tiefgreifenden Transformation der ganzen Gesellschaft, der Wirtschaftsstrukturen und Staatsapparate hin zu bürgerlichen Verhältnissen, unbeschadet dessen, dass man sich bemüht, den roten Anstrich zu erhalten. Zweifellos sind nicht alle Mitglieder der Partei gleichermaßen mit diesem Kurs einverstanden, was bei einer Organisation, deren Mitgliederzahl in etwa der Einwohnerzahl der BRD entspricht, auch schwer vorstellbar wäre. Dissens und abweichende Herangehensweisen artikulierten sich immer wieder, zuletzt noch in der Bo Xilai-Affäre. Der Parteichef der Industriemetropole Chongqing galt als profilierter Vertreter der linken Minderheit in der Partei. Sein in Chongqing praktiziertes Entwicklungsmodell setzte auf eine gestärkte Rolle der Staatsunternehmen, Aufwertung von Sozialprogrammen, sozialem Wohnungsbau, Gesundheits- und Bildungswesen und Antikorruptionskampagnen.

Gleichzeitig fand im Bereich der Propagandakultur eine Rückbesinnung auf die Mao-Ära statt einschließlich kampagnenartiger Massenmobilisierungen, die an die Kulturrevolution erinnerten. Bo Xilai wurde unter dem Vorwand des Machtmissbrauchs kaltgestellt, was westliche Medien zurecht als parteiinternen Machtkampf deuteten, mit dem Ergebnis der Liquidation eines gesellschaftspolitischen Experiments, das geeignet war, die entwicklungspolitische Strategie der Staatspartei infrage zu stellen[4]. Laut Statut der Partei besteht die ideologische Grundlage im Marxismus-Leninismus, den Mao-Zedong-Ideen, der Deng-Xiaoping-Theorie, den vom Ex-Parteichef Jiang Zemin erfundenen „wichtigen Gedanken der drei Vertretungen“ und seit dem 16. Parteitag von 2002, dem „wissenschaftlichen Entwicklungskonzept“. Die „drei Vertretungen“ bestehen in der Entwicklung fortgeschrittener Produktivkräfte, der Entwicklung der „fortschrittlichen“ Kultur und den „grundlegenden Interessen“ der Mehrheit des chinesischen Volkes; das „wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ soll laut Statut zudem den Menschen „in den Mittelpunkt“ stellen[5]. Die Aufzählung zeigt bereits, dass der „Marxismus-Leninismus“ hier eher zum Traditionsbestand gehört, den man neben allen möglichen anderen praktischen Richtlinien nennt, der aber keineswegs das übergreifende weltanschauliche Gebäude darstellt, auf dem das Programm fußt. Eine auch nur andeutungsweise Erläuterung, was mit „Marxismus-Leninismus“ gemeint sein könnte, erfolgt im Programm übrigens nicht, sodass es mehr oder weniger der Parteiführung überlassen bleibt, wie sie diesen auslegt. Wie es um den im Statut ja noch enthaltenen „Marxismus-Leninismus“ und seine „Erweiterung“ um die Ideen von Mao und Deng in der KPCh in Wirklichkeit bestellt ist, davon kann jeder Interessierte sich bei verschiedener Gelegenheit ein Bild machen. Ein Beispiel bietet der US-amerikanische Sozialwissenschaftler David Kotz, der 2006 einer akademischen Konferenz über Eigentumsformen beiwohnen durfte, die von der Rosa Luxemburg Stiftung (!) gefördert wurde. Darin vertraten profilierte Ideologen der Partei unter anderem folgende Auffassungen: Die Aktiengesellschaft repräsentiere die Vergesellschaftung des Eigentums, wie von Marx und Engels angestrebt, daher seien die USA ein besseres Modell der Vergesellschaftung als China. Andere argumentierten, Sozialismus und Kapitalismus hätten nichts mit den Eigentumsverhältnissen zu tun, sondern eine sozialistische Ökonomie sei lediglich dadurch gekennzeichnet, dass der Staat den Mehrwert besteuere. Wieder andere sahen im „modernen Kapitalismus“, der die Interessen der Arbeiter berücksichtige, eine graduelle Annäherung an den Sozialismus usw usf[6].

Marxistisches Vokabular wird zum Teil als staatsideologische Formel beibehalten, der Inhalt wird den Herrschaftsbedürfnissen der aktuellen Elite so weit angepasst, bis es sich nicht mehr um kritische Gesellschaftstheorie, um revolutionäre Theorie und Praxis handelt sondern um ein Instrumentarium zur Rechtfertigung des Status Quo

sowie jeder Drehung und Wendung in der Politik der Partei. Diese Partei würde sich, wenn sie noch eine kommunistische wäre, als Vertretung der Arbeiter und Bauern Chinas verstehen, als Partei des Klassenkampfes. Die KPCh sieht sich laut Statut aber nicht nur als „Vorhut der Arbeiterklasse“, sondern auch als „Vorhut des chinesischen Volkes und der chinesischen Nation (!)“, was die Bourgeoisie inklusive ihrer imperialistischen Fraktion einschließt. Ihre Politik beschränkt sich also nicht darauf, die Kapitalakkumulation als Hebel der Produktivkraftentwicklung zu nutzen, sondern sie versteht sich explizit als Interessenvertretung auch des Kapitals. Die Interessen des Proletariats und der Bauernschaft sollen in der „harmonischen Gesellschaft“, die die chinesische KP anstrebt, mit denen des Kapitals auf einmal vereinbar sein. Der Gewerkschaftsbund ACGB sichert dieses Ziel durch seinen dezidiert sozialpartnerschaftlichen Kurs ab. Die Partei dient der Bourgeoisie als Karrierekanal sowie als Feld zum Ausgleich ihrer widersprüchlichen Interessen, die in der Partei aggregiert und in eine kohärente Herrschaftsstrategie übersetzt werden können. Sie hat vielen der heutigen Kapitalisten ihren Status verliehen, indem sie sie an der gigantischen Raub- und Korruptionsorgie teilnehmen ließ, im Zuge derer die Staatsbetriebe privatisiert wurden – auf Kosten der Arbeiter, die millionenfach ihre Existenzgrundlage und die mit dem Arbeitsplatz garantierten sozialen Standards verloren. Das Magazin Forbes zählt heute 370 Milliardäre in der „Volksrepublik“ [7]. Viele von Chinas Superreichen sind Mitglieder der Partei oder, wie der milliarden schwere ehemalige Premierminister Wen Jiabao, sogar deren hochrangige Funktionäre. Andere Mitglieder des Zentralkomitees sind oder waren CEOs bei großen Unternehmen der Telekommunikation, Stahlbranche oder des Öl- und Gasgeschäfts [8]. Ein Einsatz für einen sozialistischen Entwicklungsweg, der die Millionäre und Milliardäre Chinas ihr Vermögen, ihre Macht und ihre Privilegien kosten würde, ist von diesem Personenkreis wohl nicht zu erwarten. Ähnliches gilt für die zahlreichen Kader, die über diverse Netzwerke und Verbindungen vom Luxus der Oberschicht profitieren und sich nicht den Unwägbarkeiten einer Konfrontation mit dem Kapital aussetzen wollen.

### **Argument 2: Der Staat spielt noch eine wichtige Rolle in der chinesischen Wirtschaft**

Es ist zweifellos richtig, dass der Staat eine besonders zentrale Stellung in der chinesischen Ökonomie beibehält. Der chinesische Kapitalismus ist keineswegs einfach eine schlechte Kopie westlicher, neoliberaler Rezepte, so wie es in der Sowjetunion und vielen osteuropäischen Ländern mit katastrophalen Folgen versucht wurde. Der Staat behält die Kontrolle über strategische Bereiche der Ökonomie, durch mehrheitliches Staatseigentum an den größten Betrieben in Schlüsselsektoren wie Energie, Metallurgie, Rüstung und Telekommunikation. Die Zahl der großen Staatsunternehmen liegt landesweit bei etwa 500 und diese spielen eine wichtige

Rolle in der staatlichen Entwicklungsstrategie. Kapitalverkehr, Wechselkurse und das Bankensystem bleiben staatlich reglementiert, allerdings sind seit 2005 auch zunehmend private Banken im Geschäft. Gleichzeitig ist die Wirtschaftsverfassung in mancher Hinsicht durchaus marktliberal geprägt: Vor allem lokale Behörden mischen sich in Chinas relativ dezentralem System wenig in die privatkapitalistischen Unternehmen ein, sondern führen einen Standortwettbewerb gegeneinander um die Bereitstellung des profitabelsten Wirtschaftsklimas. Die „Chinesische Volksbank“ ist anders als europäische Zentralbanken staatlicher Kontrolle unterworfen, allerdings ist sie laut dem seit 1995 geltenden Zentralbankgesetz deutlich neoliberal-monetaristisch ausgerichtet: Hauptziel ist auch für sie die Geldwertstabilität und Wirtschaftswachstum wird erst als abgeleitetes Sekundärziel angestrebt. In der Weltwirtschaftskrise legte der chinesische Staat mit knapp 600 Mrd US\$ ein gewaltiges Konjunkturprogramm auf, um die Wachstumsdelle zu kompensieren. Besonders seit der Führung von Hu Jintao (Parteichef zwischen 2002 und 2012) begann eine von Liberalisierung einerseits und sozialökologischer „Einbettung“ andererseits geprägte Doppelbewegung der Wirtschaftspolitik: Außenöffnung und Privatisierungen wurden fortgesetzt, aber gleichzeitig Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherungen eingeführt, die Löhne angehoben und der Umweltschutz gestärkt[9].

Offensichtlich ist ein stärker keynesianisch und sozialdemokratisch orientierter wirtschaftspolitischer Ansatz, selbst wenn er weniger marktliberal fundiert ist als der chinesische, aber etwas völlig anderes als Sozialismus, oder auch, wenn man so etwas für möglich hält, als eine „antimonopolistische Zwischenphase“. Die Monopole werden durch die derzeitige chinesische Entwicklungsstrategie nicht in Schach gehalten sondern gezielt geschaffen und gestärkt – was durchaus aus Sicht der Führung Sinn macht, da es notwendige Voraussetzung dafür ist, dass China auf dem Weltmarkt seine Stellung als Global Player ausbauen kann. Der erfolgreichen Herstellung kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse folgt zwangsläufig die Etablierung als (zunächst ökonomische) Großmacht im imperialistischen Konzert der Mächte. 2013 gehörten zu den 500 größten Transnationalen Konzernen auch 89 Konzerne aus China – fünf Jahre zuvor waren es noch 34 gewesen, was die rapide Herausbildung monopolkapitalistischer Komplexe anzeigt. Drei davon (Sinopec Group, China National Petroleum und State Grid) gehörten sogar zu den Top 10 der Welt[10]. Der Staat fungiert bei der Bildung einer chinesischen Monopolbourgeoisie als Katalysator, gerade auch als Anteilseigner an den kapitalistischen Betrieben. Auch in den größten Unternehmen, die sich weiterhin in mehrheitlichem Staatsbesitz befinden, hat faktisch ein tiefgreifender Privatisierungs- und Kommodifizierungsprozess stattgefunden. Hierzu ist es wichtig, zu verstehen, dass Privatisierung nicht zwangsläufig die Form eines vollständigen Ausverkaufs

annehmen muss, sondern dass z.B. der Börsengang eines Staatsunternehmens auch dann dieses Unternehmen zunehmend den Prinzipien des Shareholder Value unterwirft, wenn der Staat weiterhin die Mehrheit der Anteile hält. Die chinesischen Konzerne unterscheiden sich in der Form der Betriebsführung (Corporate Governance) nicht mehr wesentlich von ihren westlichen Konkurrenten. Ein Sektor mit sozialistischen Produktionsverhältnissen, was weit mehr als bloßen Staatsbesitz voraussetzen würde, existiert de facto in China nicht mehr. Stattdessen hat sich mittlerweile in deutlichen Zügen ein staatsmonopolistischer Kapitalismus herausgebildet, freilich in einer Variante, die in hohem Maße auf staatlicher Beteiligung und Lenkung beruht. Diese Entwicklungsstrategie wird von der chinesischen Partei verfolgt, weil nur so ein anhaltendes, durch Kapitalzuflüsse noch beschleunigtes Wirtschaftswachstum möglich ist, ohne sich den zerstörerischen Folgen eines entfesselten Kapital- und Devisenverkehrs auszusetzen; außerdem, weil die gewaltigen Widersprüche innerhalb des Landes, zwischen arm und reich, Stadt und Land, Ost und West, Han-Chinesen und ethnischen Minderheiten, Exportorientierung und sozialen Ansprüchen im Inneren nur auf diese Weise unter Kontrolle zu halten sind. Würde es sich nicht um eine nominell kommunistische Partei handeln, würde wohl niemand ein solches Herrschaftsprojekt mit dem Sozialismus in Verbindung bringen.

### **Argument 3: Die VR China verfolgt eine alternative, auf Frieden und Kooperation ausgerichtete Außenpolitik**

Auch hier ist es zweifellos richtig, dass die Außenpolitik Chinas keine einfache Imitation westlicher Muster darstellt. Auch handelt es sich dabei wohl nicht nur um die Heuchelei einer Führung, die um die Gunst der Öffentlichkeit buhlt, sondern tatsächlich um eine von der Politik der USA und der stärksten EU-Länder abweichende Konzeption. Es ist allerdings keineswegs ungewöhnlich, dass Länder, die verschiedene Stellungen und damit auch Funktionen innerhalb des kapitalistischen Weltsystems einnehmen, auch verschiedenartige internationale Strategien zur Wahrung ihrer Interessen einschlagen. China hat ein Interesse an einer offenen Weltmarktordnung, um weitere Marktanteile für seine Konzerne zu gewinnen, und gleichzeitig an einer Einhaltung des Völkerrechts, dessen Geist und Wortlaut tendenziell die Schwächeren vor den Stärkeren schützt. Eine vorrangig gewaltförmige zwischenstaatliche Politik ist im Zeitalter der Atomwaffen nicht nur eine ständige Bedrohung für das Überleben der Menschheit, sondern auch gegen das Interesse der aufsteigenden Wirtschaftsmacht, die Raum zum Atmen für die Entfaltung ihrer ökonomischen Potenziale braucht. Bekanntlich verhielten sich auch die USA weltpolitisch im 19. und frühen 20. Jahrhundert vergleichsweise zurückhaltend, so lange die Voraussetzungen noch nicht gegeben waren, um die Rolle als globale imperialistische Führungsmacht ausfüllen zu können. Heute verlieren die USA



wiederum längerfristig an Bedeutung, was auch der gegenwärtige Fracking-Boom nicht aufhalten dürfte. Neben der Stellung des Dollars im Weltwährungssystem ist das Militär die zentrale Stärke ihrer verbleibenden Machtstellung. Die Stellung der USA als Supermacht hängt eng mit ihrer Positionierung im Weltfinanzsystem und diese wiederum mit der Aufrechterhaltung einer von den USA geführten Weltordnung zusammen, wofür regelmäßig militärische Gewalt die ultima ratio ist. Länder wie China und Russland setzen hingegen auf jeweils andere Karten: Russland, weil es ökonomisch schwach ist und den Status Quo gegen die Einkreisungsversuche der NATO verteidigt; China, weil es ökonomisch erstarkt, aber sich nicht wie die USA auf ein globales Imperium stützen kann.

Überhaupt ist es völlig irreführend, die kooperative Haltung der chinesischen Führung mit einer Außenpolitik im Interesse der Völker, der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu verwechseln. Die Linie Chinas impliziert im Gegenteil, die Rolle der Imperialisten zu verharmlosen und zu verschleiern und wo möglich auf Bündnisse mit ihnen zu orientieren. In diesem Kontext sind auch die verschiedenen Annäherungsversuche an Länder der EU zu verstehen. Die KP Chinas orientiert dabei nicht auf das Bündnis mit den klassenbewussten Teilen der Arbeiterklasse und den kommunistischen Parteien ihrer Partnerländer, sondern sie verhandelt mit Vertretern der Regierungen und des Kapitals. Die internationale Kooperation der kommunistischen Parteien ist für die KPCh nur eine unter mehreren Möglichkeiten, dem chinesischen Entwicklungsmodell im Ausland Anerkennung zu verschaffen. Eine andere ist die Annäherung an die „Sozialistische Internationale“ oder sozialdemokratisch-bürgerliche Parteien wie die griechische SYRIZA. So begrüßte der stellvertretende Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen des Zentralkomitees der KP Chinas Liu Jieyi bei einem Besuch in Griechenland 2010 nicht nur die Kürzungs- und Privatisierungspolitik der damaligen PASOK-Regierung, sondern äußerte sich grundsätzlich zur Haltung Chinas gegenüber der „Sozialistischen Internationale“: „Wir halten die Fortsetzung und die Koordinierung des Meinungs-austausches sowie den strategischen Dialog zwischen der Sozialistischen Internationale und der KP Chinas für sehr wichtig. Unsere Absicht ist diesen Dialog weiter fortzusetzen weil, wie wir in den Gesprächen der letzten Tage festgestellt haben, es sehr viele Gemeinsamkeiten zwischen der sozialistischen Internationale und der politischen Orientierung der KP Chinas gibt“[1].

Von einer „Stütze“ und einem „Freund“ im Klassenkampf, wie Corell es formuliert, kann also bei der außenpolitischen Rolle der VR China kaum die Rede sein.

#### **Argument 4: China kann den Sozialismus nur über eine lange Zwischenphase erreichen**

Für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft gibt es bekanntlich neben den subjektiven Voraussetzungen auch objektive, vor allem eine ausreichende

Entwicklung der Produktivkräfte sowie eine fortgeschrittene Vergesellschaftung der Produktion und des Verkehrs. Diese Bedingungen waren 1949 in China kaum erfüllt: Das Land gehörte zu den ärmsten der Erde, eine Industrie gab es in Ansätzen nur an der Ostküste und weite Landstriche verharrten noch in tiefster Rückständigkeit. Trotzdem drängten die objektiven Widersprüche auch im damaligen Entwicklungsstadium bereits zum Sozialismus. Das Kapital hatte bereits einen relativ hohen Grad der Konzentration erreicht und war mit der Grundherrenklasse und dem ausländischen Kapital eng verflochten, sodass nur im Kampf gegen das Kapital die Überwindung der vorkapitalistischen Produktionsweisen und nationalen Abhängigkeit möglich war. Deshalb wurden nach einer relativ kurzen Übergangsphase (Neue Demokratische Revolution) auch damals schon entscheidende Schritte in Richtung Sozialismus gegangen: Der Aufbau einer staatlichen Industrie wurde begonnen, die Infrastruktur entwickelt, die Landwirtschaft kollektiviert und im ganzen Land Einrichtungen zur Gesundheitsversorgung, Volksbildung und sozialen Absicherung geschaffen. Der zeitweise grassierende Voluntarismus der chinesischen Führung und Misserfolge sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass der sozialistische Aufbauprozess in China insgesamt ein großer Erfolg war: Zum ersten Mal konnten Hunderte Millionen Menschen Bildung und grundlegende Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen, die Ernährungslage verbesserte sich enorm und Beschäftigung war mit sozialer Absicherung verbunden. Die durchschnittliche Lebenserwartung stieg während der Mao-Ära jedes Jahr um etwa ein Jahr an. Das Wachstum der Industrie war nicht so astronomisch hoch wie nach der kapitalistischen Restauration, wird aber selbst in der chaotischen Phase der Kulturrevolution immerhin auf beachtliche 10% pro Jahr geschätzt[12]. In dieser Epoche wurden die Grundlagen für den rasanten Aufschwung ab den 80ern gelegt, indem ein handlungsfähiger Zentralstaat geschaffen, die Infrastruktur ausgebaut, eine Industrie auf bescheidener Grundlage entwickelt und das Bildungsniveau der Massen erhöht wurde. Die „Theorie“ der KPCh, dass die „Marktwirtschaft“ die Voraussetzungen für den zukünftigen Sozialismus schaffe, verdreht somit die Tatsachen: In Wirklichkeit war es umgekehrt die sozialistische Entwicklungsphase, die die ökonomischen, kulturellen und politischen Voraussetzungen schuf, die die schnelle Entwicklung des heutigen chinesischen Kapitalismus ermöglichen. Gleichzeitig kam es in der Mao-Ära auch zu gravierenden Fehlorientierungen mit destruktiven Folgen, vor allem in der Periode der Kulturrevolution. Bei Maos Tod 1976 stand die chinesische Führung vor ernsthaften Problemen, die auf eine baldige Lösung drängten: Die groben Steuerungsmechanismen waren für eine sich ausdifferenzierende Ökonomie zunehmend ungeeignet, Löhne stagnierten seit zwei Jahrzehnten, es kam zu Verschwendung und Mangel[13]. Angesichts der positiven Gesamtbilanz gab es jedoch wenig objektive Gründe, an der Richtigkeit der grundlegenden Orientierung auf den sozialistischen Aufbau zu zweifeln: China stand ökonomisch sehr viel besser

da als 30 Jahre zuvor, die Lebenssituation hatte sich trotz weiterhin großer Armut sehr verbessert und die Massen standen im Großen und Ganzen hinter der kommunistischen Partei und dem sozialistischen Projekt. Eine Hegemoniekrise des Sozialismus, wie sie sich in einigen osteuropäischen Ländern, vor allem Polen, abzuzeichnen begann, war weit entfernt. Die Behauptung, dass eine Alternative zum von Deng eingeleiteten konterrevolutionären Prozess unmöglich war, bleibt somit unplausibel. Sie ist die unkritische Übernahme der staatsoffiziellen chinesischen Geschichtsbetrachtung, die Mao als wichtige Figur der nationalen Befreiung und Staatsgründen in Ehren hält, aber seine Vorstellungen sozialer Befreiung stillschweigend unter den Teppich kehrt bzw. ihre Umsetzung in der Vergangenheit tendenziell diskreditiert.

Die Strategie der chinesischen KP hat nach 1978 durchaus neue Ressourcen für den Wirtschaftsaufbau erschlossen, die sonst nicht in diesem Maße verfügbar geworden wären, vor allem die Nutzung des exilchinesischen Kapitals und der Zugang zu ausländischen Märkten. Dadurch hat sie aber die sozialistische Zielstellung und die Interessen seiner Arbeiterklasse dem Wachstumsziel geopfert. Der wachsende Lebensstandard und die Verringerung der Armut, die oft als Argumente für die Richtigkeit des gegenwärtigen Kurses angeführt werden, lassen sich kaum bestreiten. Sie gehen aber einher mit explodierender sozialer Ungleichheit, hemmungsloser Ausbeutung großer Teile der Arbeiterklasse, verheerender Umweltzerstörung, einer Desorganisation und Entmachtung der Arbeiterklasse und generell der Zerstörung jeder Hoffnung auf eine sozialistische Zukunft in Solidarität, Gleichheit und Freiheit. Seit einigen Jahren wächst der Widerstand der chinesischen Arbeiterklasse und der Bauern gegen die Politik der Regierung und oft bezieht man sich dabei explizit auf die revolutionären Traditionen der Vergangenheit. Sprunghaft wachsende, für europäische Verhältnisse gewaltige Streikbewegungen wurden ergänzt durch Mobilisierungen der Kleinbauern und wachsendes Interesse am Marxismus und der Mao-Ära unter oppositionellen Studenten. Die herrschende Partei beantwortete diese Bewegungen aber nicht mit Sympathie und Solidarität, sondern mit brutaler Polizeigewalt, Gefängnisstrafen und Unterstützung für die Arbeitgeberseite.

Der Name des Sozialismus ist durch die Widersprüche des chinesischen Kapitalismus und ihre propagandistische Ausnutzung durch die reaktionären westlichen Medien belastet mit teilweise barbarischer Ausbeutung, die unter der Aufsicht einer „kommunistischen“ Partei stattfindet. Das chinesische Volk und die internationale kommunistische Bewegung haben für den Wirtschaftsaufschwung einen Preis bezahlt, der völlig inakzeptabel ist.

Doch unabhängig davon, ob es 1978 historische Alternativen gab, ist heute die Ausgangssituation ohnehin eine ganz andere: China ist heute die zweitgrößte

Volkswirtschaft der Welt, es besitzt in vielen Wirtschaftsbereichen transnational operierende Konzerne, die auf dem Weltmarkt Führungspositionen einnehmen. Es ist politisch und militärisch stark genug, um seine Unabhängigkeit zu behaupten. Das bedeutet nicht, dass vor dem Sozialismus in China nicht noch gigantische Aufgaben liegen würden. Es bedeutet aber, dass diese Aufgaben durch die Vorteile zentraler Planung und auf Grundlage des bereits geschaffenen Reichtums lösbar wären, ohne dabei die grauenhaften Widersprüche des jetzigen Wachstumsmodells in Kauf nehmen zu müssen.

### **Thesen für die weitere Diskussion**

Nachdem gezeigt wurde, dass die typischen Argumente, die den restaurativen Kurs der chinesischen KP legitimieren und mit marxistischen Weihen versehen, nicht haltbar sind, sind folgende Schlussfolgerungen zu ziehen.

China ist kein sozialistisches Land, sondern ein kapitalistisches, das seinen Platz in der imperialistischen Pyramide einzunehmen bestrebt ist.

Die KPCh ist keine kommunistische Partei, sondern eine rechtsopportunistische bis liberale Partei mit an den Rand gedrängten marxistischen Kräften in ihrem Inneren.

Der „Umweg“ über den Kapitalismus in China stellte und stellt keinen „Sachzwang“ dar, sondern eine bewusste Entscheidung politischer Eliten, die sich auf diesem Weg auf obszöne Weise bereichert haben und dies weiterhin auf Kosten der Massen tun. Alternativen dazu gibt es genauso, wie es Alternativen zur reaktionären Krisenpolitik der EU gäbe – jeweils bei entsprechenden Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen.

Eine sozialistische Kehrtwende der chinesischen Politik ist heute nicht mehr möglich. Die Politik der KPCh hat die Perspektiven für den Sozialismus auf absehbare Zeit, zumindest ohne eine Revolution von unten unter Führung einer wirklich revolutionären KP, zerstört und damit für die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung unermesslichen Schaden angerichtet.

Die DKP und andere kommunistische Parteien täten gut daran, sich vom Wunschdenken und oberflächlichen Analysen bezüglich Chinas zu verabschieden und stattdessen die chinesische Erfahrung als einen weiteren Fall zu analysieren, wie weltanschaulicher Revisionismus und die Schaffung einer sozialen Basis für denselben zu gegenseitig verstärkenden Faktoren werden können, die ein sozialistisches Projekt zu Fall bringen können. Die Solidarität mit dem kapitalistischen Restaurationsprojekt in China ist nicht nur vom Standpunkt kommunistischer und antiimperialistischer Programmatik und des proletarischen Internationalismus nicht zu rechtfertigen. Sie ist auch dazu geeignet, die Glaubwürdigkeit der Partei als konsequent antikapitalistischer Kraft zu

kompromittieren. Sie führt dazu, sich nicht mit dem erstarkenden Widerstand der Arbeiter und Bauern gegen die kapitalistische Restauration zu verbünden, sondern mit der verbürgerlichten KPCh-Führung, die Proteste und Arbeitskämpfe im Interesse der Bourgeoisie brutal unterdrückt. Die fatalen Illusionen, die Teile der kommunistischen Bewegung bezüglich Chinas weiterhin pflegen, sind somit ein weiteres Symptom der tiefen weltanschaulichen Krise der Bewegung, die sich seit dem Zweiten Weltkrieg bemerkbar gemacht und seit 1989/90 offen ausgebrochen ist.

### **Quellen und Anmerkungen:**

- [1]Siehe z.B. Richard Corell: VR China. Sozialismus als Prozess, T&P 39, März 2015.
- [2]Richard Corell: Kampf der Linien in der KPCh, T&P 39, März 2015.
- [3]Vgl. Hart-Landsberg, Martin/ Burkett, Paul 2005: China and Socialism, New York.
- [4]Zhao Yuezhi 2012: The Struggle for Socialism in China. The Bo Xilai Saga and Beyond, Monthly Review 64 (5).
- [5]Statut der Kommunistischen Partei Chinas (2007).
- [6]Kotz, David 2007: The State of Official Marxism in China Today, Monthly Review 59 (4).
- [7]FAZ vom 22.4.2015
- [8]Ten Brink, Tobias 2010: Strukturmerkmale des chinesischen Kapitalismus, MPIfG Discussion Paper 10/1.
- [9]Schmalz, Stefan 2010: Chinas neue Rolle im globalen Kapitalismus, Prokla 40 (4), S. 488.
- [10]Forbes, 17.7.2013.
- [11]KKE (2010): Die Kommunistische Partei Chinas und ihre strategischen Gespräche mit der Sozialistischen Internationale, online: <http://deold.kke.gr/news/2010news/2010-11-22-kina.html>, abgerufen 23.6.2015
- [12]Hart-Landsberg, Martin/Burkett, Paul 2005, S. 37.
- [13]Ebd, S. 38.

## Rußland

### ***Emiliano Cervi, Salvatore Vicario: Die Notwendigkeit der Klarheit über die ökonomische Struktur Russlands***

Wir alle wissen: Die Welt ist in ständigem Fluss, die USA sind eine Weltmacht im Abstieg (und genau aus diesem Grunde besonders gefährlich) und sie sind mehr und mehr konfrontiert mit dem wachsenden internationalen Einfluss anderer Länder, die aufsteigen und ihre dominante Position versuchen zu untergraben. Das ist unter einem speziellen Gesichtspunkt eine gute Sache: die vermehrten ökonomischen und/oder politischen Zusammenstöße zwischen diesen Mächten, die Lenin als „die tiefsten Widersprüche des Imperialismus“ bezeichnete<sup>28</sup>, der größere Spielraum für diejenigen, die nach oben streben und die jede Gelegenheit nutzen, die sich national und international in einem System, das im Fluss ist, ergeben.

Kommunisten müssen ihre Taktik den jeweiligen Gegebenheiten von Zeit zu Zeit flexibel und pragmatisch anpassen, denn der Marxismus-Leninismus ist kein theologisches Dogma, sondern das Handwerkszeug, das uns die Möglichkeit gibt, die Welt um uns herum zu analysieren und zu verstehen. In dem überschaubaren Szenario, welches der kleine Kreis der Kommunisten heute bietet, gibt es Tendenzen, diesen notwendigen Pragmatismus derart zu übertreiben, dass sie vielleicht nicht gleich die Grundlagen unserer Theorie beschädigt werden und wir in den Opportunismus abgleiten, aber es werden die Fakten verfälscht. Und das ist möglicherweise noch gefährlicher.

### **Die UdSSR, Russland und Putins neuer Kurs**

Eine der beunruhigendsten (und, lässt es uns sagen: auch bizarren) Verfälschungen besteht darin, die UdSSR mit dem zu vergleichen, ja fast schon gleich zu setzen mit dem, was Russland heute ist. Die Rehabilitation einer glorreichen Vergangenheit, ein Revival der Symbole und Rituale aus der Zeit des Sozialismus haben manche Genossen unglaublich verwirrt. Es ist nicht unüblich, dass Kommentare zu lesen sind wie: „Lang lebe Genosse Putin“, „Putin baut die UdSSR wieder auf“, „Ich weiß, die Sowjetunion kommt wieder“ usw.

Unzweifelhaft hat Russland die erste post-sowjetische Periode überwunden, in der es einen massiven Ausverkauf des ökonomischen, politischen und kulturellen Reichtums

---

<sup>28</sup> „Imperialism and the split in socialism“, Lenin 1916, Collected Works, vol 23, 4<sup>th</sup> English Edition, Progress Publishers, Moscow 1964, pp. 105-120.

des Volkes an die großen westlichen Spekulanten, Profiteure und Gangster gab. Inzwischen führen keine Alkoholiker mehr da Land, stattdessen ein Staatsmann, kompetent und auf der Höhe der Zeit (er hat es beim KGB gelernt). Diese Faktoren haben dieses Image geformt, haben geholfen, solche Verfälschungen wie die oben genannten bei der Einschätzung Russlands entstehen zu lassen.

Um Klarheit zu schaffen, müssen wir uns zunächst fragen: Was macht ein Land zu einem sozialistischen Land? Es ist ein Fakt, dass die Kommunistische Partei das Land führen muss (als Avantgarde des Proletariats), aber wirklich entscheidend dafür, das System zu bestimmen ist die Ökonomie, die wir genau analysieren müssen, um alle Zweifel auszuräumen und Klarheit zu gewinnen.

Entweder sind die Produktionsbedingungen und Produktionsmittel in der Hand der Arbeiterklasse, und dafür müssen sie sozialisiert worden sein, oder man kann nicht und sollte nicht von Sozialismus sprechen. Außerdem muss man aufmerksam sein, denn nicht jede Nationalisierung ist auch eine Sozialisierung. Eine Nationalisierung enteignet einen bestimmten Produktionszweig oder einen bestimmten Großbetrieb, ohne die Eigentumsverhältnisse gesamtgesellschaftlich zu verändern. Beispielsweise waren in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts in Italien viele strategische Unternehmen in staatlicher Hand (Energie, Stahl usw.), aber hieß das, dass Italien ein sozialistisches Land war? Wer besaß den Reichtum des Landes? Waren es die Arbeiter oder war es die exklusive Gruppe von Großunternehmern, die die Regeln der Ökonomie und der nationalen Politik kontrollierten und noch immer kontrollieren?

Der erste Faktor also, den Kommunisten analysieren müssen, ist die ökonomische Struktur eines Landes. Und da hat es in Russland eine große Veränderung geben verglichen mit der Zeit der Sowjetunion. Als Resultat der Konterrevolution gab es eine Rückkehr zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen, in denen die Produktionsmittel und die Produktionsbedingungen sich in privaten Händen befinden und in denen es nicht Ziel der Produktion ist, die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen, sondern die Profite der Kapitalisten, also derjenigen, die die Produktionsmittel in ihren Händen halten, zu sichern.

Während der Reichtum in der UdSSR der Wohlfahrt des Volkes diente, das waren die Industrialisierung, Dienstleistungen, Gesundheitsfürsorge, Verkehr, Bildung, Erziehung, Sicherheit und Frieden, dient heute der Reichtum der ehemaligen Sowjetrepubliken dazu, die Brieftaschen der Manager, Spekulanten, Banken wie Sberbank, VTB-Bank, Alfa Bank, Raffinse-Bank oder der Blagosostoyanie, und großen Kapitalgesellschaften wie Gazprom, Rosneft, Lukoil, Rusal usw. zu füllen. Sie alle sind verbunden mit den politischen Institutionen, wie wir bei den nächsten Details sehen werden.

Wir werden auf Zahlen und Statistiken zurückgreifen, um die Argumentation zu stützen: Die Statistik über den Kapitalexport Russlands ist sehr interessant. In den ersten Jahren des „neuen Russland“, den 90er Jahren, war der Anteil russischen Kapitals, das in den Rest der Welt exportiert wurde, sowohl statistisch als auch ökonomisch verschwindend gering. Es gab eine Kapitalflucht aus Russland (was nicht das Gleiche ist wie ein Kapitalexport) und die westlichen Neokapitalisten zogen jährlich rund 15 – 20 Milliarden Dollar aus Russland ab. Das Land war im Prozess auszubluten. Mit dem Ende der Jelzin-Regierung änderte sich die Situation, der russische Kapitalismus entwickelte sich in eine neue Phase, in welcher sowohl das industrielle als auch das Bankkapital schnell wuchsen und der Kapitalexport eine zunehmend größere und inzwischen die wichtigste Rolle einnimmt. Das ist die Entwicklung, die, sich von Jahr zu Jahr verstärkend und konsolidierend (nur die Krise 2007/8 verlangsamte den Prozess vorübergehend etwas), Russland zu einem komplett imperialistischen Land macht.

**Hier die gerundeten Zahlen, Kapitalexport Russlands in Mrd. Dollar<sup>29</sup> (2)**

2000:	37
2001:	44
2002:	70
2003:	153
2004:	152
2005:	368
2006:	562
2007:	747
2008:	371
2009:	443
2010:	558
2011:	534
2012:	794

Seit 2000 sind die ausländischen Direktinvestitionen des russischen Monopolkapitals außerordentlich stark gestiegen.

## **Russland und die Wesensmerkmale des Imperialismus**

Nach den Angaben der Forbes-Liste gibt es heute 110 Dollar-Milliardäre in Russland, deren Privatvermögen rund 320 Milliarden Dollar beträgt, damit liegt Russland, was

---

<sup>29</sup> Source: Our graph bases on figures from the World Bank



diese Größenordnung angeht, auf Platz drei nach den USA und China. Der so genannte Gini-Koeffizient<sup>30</sup> der statistischen Analyse der sozialen Ungleichheit liegt in Russland bei etwa 41,7. (Zum Vergleich: Deutschland liegt beim GINI-Koeffizienten zwischen 25 und 30, Italien zwischen 30 und 35, die USA zwischen 40 und 45, Südafrika bei 65.)

Indem wir die charakteristischen Merkmale des Imperialismus, wie sie Lenin herausgearbeitet hat, analysieren - wir fokussieren uns auf die ersten drei - können wir feststellen, dass die hohe Konzentration der Produktion in Russland schon durch die UdSSR und deren sozialistische Industrie geschaffen worden ist, weshalb die Herausbildung von kapitalistischen Monopolen nicht mehrere Jahrzehnte in Anspruch nahm, sondern wesentlich schnell ablief, indem die führenden Großbetriebe in Privateigentum übergingen.

In der Forbes-Liste der 100 größten Monopole der Welt sind 28 russische aufgezählt, wie z.B. Gazprom, Lukoil, Rosneft und Sberbank. Die russische Ökonomie ist hoch konzentriert; in vielen Sektoren ist die Konzentration höher als in den USA oder in Deutschland. Zum Beispiel lag der Anteil, den die 10 größten Monopole Russlands im Jahr 2006 am Bruttoinlandprodukt hatten, bei 28,9 %, während er sich in den USA nur auf 14,1 % belief. Die meisten Sektoren der Ökonomie in Russland sind hoch konzentriert, z.B. der Energiesektor, der Maschinenbau, das Transportwesen und die Lebensmittelproduktion. Wir können feststellen, dass wir es in Russland mit einem Monopolkapitalismus zu tun haben, der hoch konzentriert ist und eine starke staatliche Präsenz zeigt.

Was die Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital angeht: dies ist längst geschehen. Die Sberbank ist eine der größten Banken der Welt, aber die VTB-Bank, die Alfa-Bank und die Raffineise-Bank spielen ebenfalls eine entscheidende Rolle in der russischen Ökonomie. Die großen Banken sind eng verflochten mit dem Industriekapital, man hält gegenseitig Aktien und sitzt gegenseitig in den

---

<sup>30</sup> Der **Gini-Koeffizient** oder auch **Gini-Index** ist ein statistisches Maß, das vom italienischen Statistiker Corrado Gini zur Darstellung von Ungleichverteilungen entwickelt wurde. Ungleichverteilungskoeffizienten lassen sich für jegliche Verteilungen berechnen. Beispielsweise gilt der Gini-Koeffizient in der Wirtschaftswissenschaft, aber auch in der Geographie als Maßstab für die Einkommens- und Vermögensverteilung einzelner Länder und somit als Hilfsmittel zur Klassifizierung von Ländern und ihrem zugehörigen Entwicklungsstand.

Der Gini-Koeffizient wird aus der Lorenz-Kurve abgeleitet und nimmt einen Wert zwischen 0 (bei einer gleichmäßigen Verteilung) und 100 (wenn nur eine Person das komplette Einkommen erhält, d. h. bei maximaler Ungleichverteilung) an.

Aufsichtsräten. Manche Banken sind direkte Gründungen des Industriekapitals wie die Gazprom-Bank, Uralsib, Promsvjas-Bank.

Die Gazprom-Gruppe besitzt die Gazprom-Bank und den privaten Pensionsfonds „Gazfonds“. Diese größte der russischen Industriegruppen besitzt daneben die Versicherungsgruppe „Sogas“ und ist führend bei den Invest-Banken und den Pensionsfonds.

Der bekannte Oligarch Vekselberg besitzt die Renova Holding (mit Sitz auf den Bahamas), zu der die russische „Renova“-Gruppe gehört, eine internationale Gesellschaft für Privatgeschäfte, die aus Aktiengesellschaften besteht, die im Gesundheitswesen tätig sind und eine rege Investitionstätigkeit zeigen, so in den Bereichen der Erzgewinnung und des weiteren Bergbaus, der Ölgesellschaften, des Maschinenbaus, der Energieversorgung, der Telekommunikation, der Nanotechnologie, der Chemieindustrie und dem Finanzsektor. Die Renova-Gruppe hält große Anteile an führenden russischen und internationalen Aktiengesellschaften, wozu unter anderem gehören: UC Rusal, Integrated Energie Systems, Oerlikon, Sulzer, Schmolz&Bickenbach. Die Renova-Gruppe investiert in Russland, der Schweiz, in Italien, in Südafrika, in der Ukraine, in Lettland, in der Mongolei, in Kirgistan usw. Der Gruppe gehört außerdem die Metkombank, eine der größten Banken in Russland, die inzwischen zu den 50 bei Investoren beliebtesten Banken zählt. Gleichzeitig besitzt der Oligarch Vekselberg einen Teil von UC Rusal, dem größten Aluminium-Hersteller der Welt, und er ist Miteigentümer von Norilsk Nickel, einer russischen Aktiengesellschaft, die Nickel und Palladium verhüttet.

Die Oligarchen Alisher Usmanov, Vladimir Skoch und Farhad Moshiri besitzen die MetaUinvest, eine der größten Gruppen im Minen und Metallgeschäft Russlands, spezialisiert auf die Stahlproduktion. MetaUinvest wiederum besitzt die Oskol Steel Works, Ural Steel und andere Industrien. Bis zum letztem Jahr gehörte ihnen auch die Round-Bank (zuvor Ferrobank), die sie verkauft haben an ihren Freund Leon Semenenko und der wiederum die Hessen Holding Ltd. und die Nenburg Finance Ltd. gehören, ansässig auf Cypern, beide Letztgenannten halten 50 % der Anteile an der SibConsultGroup Ltd., dem einzigen Eigentümer der Round-Bank. 2012 gründete Usmanov, einer der reichsten Männer der Welt, die USM Holdings, womit zahlreiche Investitionen in unterschiedliche Telekommunikationsgesellschaften zusammengeführt wurden, solche wie Garsdale, die wiederum 50 % der MegaFon kontrolliert, MegaFon ist der zweitgrößte Handynet-Anbieter in Russland, und MegaFon besitzt 100 % der Aktien der Scartel/Yota AG, ein 4 G Provider, 50 % von Euroset, dem größten Handy-Einzelhändler in Russland. Alle diese Gruppen haben Interessen an und Leute in der Round-Bank.

Der Oligarch Prokhorov besitzt eine Vielzahl von Gesellschaften. Wir wollen einige von ihnen aufzählen: Onexim Holding Ltd (Sitz auf Zypern), die die Gruppe OptoGaN besitzt, Hersteller von lichtstarken LED-Lampen. Prokhorov besitzt außerdem die Opin und die Quadra Power Generation, führend in dem russischen Energiesektor, sowie die Renaissance Credit Bank und die größte Investment-Bankgruppe in Russland, Renaissance Capital. Zudem besitzt er Anteile an Rusal.

Der Oligarch Vladimir Yevtushenko, einer der reichsten Männer Russlands, hält 64,2% an der AFK-Systems AG, die die MTS-Bank besitzt, welche wiederum die RTI-Gruppe direkt kontrolliert, die größte Industrie-Holding in Russland, der vor allem Konzerne der Hochtechnologie und der Microelektronik gehören. Außerdem besitzt die MTS-Bank 89% der Anteile von Bashneft, einer der größten russischen Ölgesellschaften und 92 % von Bashkiria, einem Elektrizitätskonzern.

Der Oligarch Oleg Deripaska besitzt die Investment-Gruppe Basic Element, die aufgeteilt ist in unterschiedliche Sektoren: Energie, Industrie, Luftfahrt, Landwirtschaft, Textil, Netzwerkbetreuung und Finanz-Service. Er besitzt eine der größten Versicherungsgruppen Ingosstrakh, die Großbank Soyuz, den privaten Pensionsfonds Socium, außerdem Basic Element und Element Leasing, eine der größten Leasing-Gesellschaften in Russland. Und ihm gehört die GAZ-Group, russischer Marktführer für Nutzfahrzeuge, Busse, elektrische Lokomotiven und Komponenten.

Der „Wodka-König“ Roustam besitzt die Russian Standard Bank, eine der größten russischen Banken, die Versicherungsgruppe Russian Standard Insurance und natürlich Russian Standard Vodka, die wichtigste Wodka-Brennerei in Russland.

Der Oligarch Agalarow besitzt die Crocus-Gruppe, eine der führenden Immobilien-Firmen Russlands mit Dutzenden von Konstruktionsfirmen und Logistik-Gesellschaften – und die Crocus-Bank.

Der Oligarch Dimitry Pumpyanskiy besitzt 98 % der SKB-Bank und 71,1 % von TMK Steel.

Der Oligarch Anatoly Sedykh besitzt 80 % der United Metallurgical Company, einem der größten russischen Hersteller von Rohren, Pipelines, Schienen und anderen Stahlprodukten für den Energiesektor, das Transportwesen und die Industrie - außerdem 60 % des Kapitals der Metallinvest-Bank.

Der Konzern Rosneft besitzt die Russian Regional Development Bank, die MDM-Bank, eine der größten Privatbanken Russlands, besitzt die Siberian Coal Energy Company, den größten Kohleproduzenten Russlands einen der größten Exporteure. Die Siberian Coal Energy Company ihrerseits hält Anteile an der MDM-Bank und an

mehreren großen internationalen Finanzinstitutionen wie z.B. der International Finance Corporation, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ebenso wie an einer der größten Investment-Gesellschaften Russlands, der Troika Capital Partners.

Die Guta Group ist eine der größten Industrie- und Investment-Gesellschaften, sie besitzt die United Confectioners Holding Company, Marktführer und Besitzer der meisten Marken (etwa 1700) im Textilsektor. Die Holding besitzt darüber hinaus die Guta-Versicherungsgesellschaft und die Guta-Bank, eine der Top-20-Banken in Russland, sowie Hotels, Krankenhäuser und Privatkliniken.

Die Don Invest Holding führt die Comercial Bank Doninvest und besitzt Gesellschaften im den Bereichen der landwirtschaftlichen Produktion, des Maschinenbaus und der Automobilproduktion (PKW und Bus).

Die meisten Oligarchen haben Sitze in der Duma, direkte Beziehungen zu Staatsfunktionären und zu den politischen Parteien der russischen Bourgeoisie. Es gibt in Russland eine Finanzoligarchie, aber sie hat nicht immer identische Interessen. Es gibt Teile der Großbourgeoisie, die eine eigenständige Entwicklung Russlands befürworten, und es gibt Teile derselben, die eine größere Verbundenheit mit dem „Westen“ wünschen. Diese fordern eine größere Liberalisierung und weitere Privatisierungen von Staatsunternehmen. Diese haben über die Jahre mehrfach versucht, eine so genannte „bunte“ Revolution in Russland hervorzurufen.

Wir haben den Kapitalexpert Russlands betrachtet. Das andauernde Wachstum der nationalen Ökonomie und die Stärkung der nationalen Unternehmen hat zu einer schnelle Steigerung der Investitionen geführt, die Russland inzwischen zu einem der führenden internationalen Investoren gemacht hat. Durch die Gründung neuer Unternehmen im Ausland bzw. den Aufkauf dort ansässiger Unternehmen hat das russische Großkapital Zugang gewonnen zu neuen Ressourcen, Technologien und Märkten. Diese Expansion stärkt Russlands geopolitischen Einfluss und seine Position in der globalen Ökonomie.

Russische Kapitalgesellschaften beschäftigen mehr als 150.000 Arbeiter im Ausland, mehr als doppelt so viele wie im Jahr 2000. Im Resultat hat die Expansion der größten russischen Konzerne sie zu so genannten globalen Multis werden lassen.

Die Führungsposition, was die Auslandsvermögen angeht, haben die Öl-, Gas- und Stahlkonzerne inne: Lukoil, Gazprom, Severstal und Rusal, mit einer Gesamtsumme von mehr als 50 Milliarden Dollar an Auslandsinvestitionen. 2012 haben russische Unternehmen insgesamt mehr als 139 Milliarden Dollar für den Erwerb ausländischer Aktiengesellschaften investiert (incl. der Übernahme von BP durch Rosneft für 56 Milliarden Dollar). Viele dieser Investitionen bezogen sich auf die Haupttätigkeit der

russischen Konzerne, so dass man sagen kann, dass die russische ökonomische Expansion sich eher auf die Kerngeschäfte bezieht denn auf eine mögliche Diversifikation.

Die Zunahme der finanziellen Kapazitäten der führenden russischen Banken machte es möglich, dass sie in ihre eigene internationale Präsenz in der Weise investiert haben, dass sie ein einerseits existierende ausländische Bankgesellschaften übernommen und andererseits eigene Tochtergesellschaften im Ausland gegründet haben. So hat die VTB-Bank Zweigstellen in der Ukraine, in Weißrussland, in Armenien und Georgien eröffnet und dafür 400 Millionen Dollar investiert, während sie ihre Beteiligungen an westeuropäischen Banken weiter konsolidierte und zusätzlich Zweigstellen in Indien, China, Vietnam und Angola eröffnete. Die VTB-Bank ist inzwischen in der Lage, russische Konzerne in über 15 Ländern der GUS, Westeuropas, Asiens und Afrikas zu unterstützen, und sie plant, bis 2020 die größte und einzige globale Finanzinstitution der Nach-Sowjet-Ära in Russland zu werden.

Dieser – unvollständige – Blick auf die ökonomischen Verflechtungen in der russischen Ökonomie zeigt eindeutig, dass die Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital ist nicht zu leugnen ist. In Russland hat sich der Kapitalismus mit der Übernahme der Großbetriebe, wie sie in der Sowjetunion entstanden sind, unmittelbar zum Monopolkapitalismus entwickelt. Und der Kapitalexport steigt rapide an.

Wir können an dieser Stelle feststellen, dass der Kapitalismus in Russland fest etabliert ist, dass das Bankkapital mit dem industriellen Kapital verschmolzen ist, dass die großen Monopole eine fundamentale Rolle in der Wirtschaft spielen, dass Russland also ein imperialistisches Land ist, wenn auch nicht an der Spitze der imperialistischen Pyramide stehend.

Es geht nicht darum, für oder gegen Russland, für oder gegen Putin zu sein, sondern um eine wissenschaftliche Analyse des tatsächlichen Charakters eines jeden Landes, ohne Mystifizierungen und Idealisierungen, die danach streben, die Analyse des einen oder anderen Landes von seiner ökonomischen Basis zu trennen.

Wichtig ist aber, dass das heutige Russland - in völliger Abkehr vom Sozialismus und weit davon entfernt, irgendein „Modell“ zu sein, welches man übernehmen könnte - interessante Szenarien auf der internationalen Ebene eröffnet: die Konfrontation mit den USA, dem zur Zeit stärksten Imperialismus auf globalem Niveau, und die Annäherung an andere, aufstrebende Kräfte wie China, Brasilien, Indien und Südafrika (die so genannten BRICS-Staaten). Das führt zu großen Verwerfungen in der bisherigen politischen und ökonomischen Weltsituation. Deshalb kann man heute sagen, dass Russland, genauso wie China, die Hauptfeinde der unipolaren

Weltvorstellung der Yankees ist, die sich seit 1989 manifestiert hat in den barbarischen Kriegen im früheren Jugoslawien, im Irak, in Afghanistan, in Libyen, in Syrien usw.

Wie ist diese Situation entstanden? Sie resultiert zunächst einmal aus der ungleichen Entwicklung des Kapitalismus, zudem aus der Krise 2008, die schwere Auswirkungen auf die imperialistischen Zentren, also die USA, EU und Japan hatte, während die neu gruppierten BRICS-Staaten ein rapides Wachstum erlebten, auch wenn es da große Unterschiede zwischen ihnen gab. Das hat dazu geführt, dass sie jetzt eine neue internationale Bank gegründet haben, eine Alternative zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank, wodurch Bretton Woods nach 70 Jahren gekippt wurde.

Wir Kommunisten können die mit den BRIS-Staaten in den letzten Jahren entstandene neue Situation mit einer neuen internationalen Arbeitsteilung, mit internationalen Konzernen, die in einigen dieser Ländern entstanden sind, mit den Abhängigkeiten und manchmal auch Unabhängigkeiten dieser Länder von anderen nicht beschreiben als eine Situation von „zwei Welten“, die sich nun gegenüber ständen, sondern wir müssen sie beschreiben als eine Situation, in der alte und neue monopolkapitalistische Mächte sich den Platz an der Spitze der imperialistischen Pyramide streitig machen.

Um zu wiederholen, was wir oben schon ausgeführt haben: die ungleiche Entwicklung des Kapitalismus und damit auch der imperialistischen Zentren, die interne Dynamik des Kapitalismus führt zur Zeit zu einer Verlangsamung der Entwicklung in denjenigen imperialistischen Ländern, die unter der Krise von 2008 und der allgemeinen Krise des Kapitalismus besonders leiden. Die Geburt der BRICS-Bank kann nur verstanden werden im Zusammenhang mit den dynamischen Veränderungen im weltweiten Rohstoffhandel, dem Preisverfall der Rohstoffe, der Erosion der Großinvestitionen der imperialistischen Zentren in diesen Ländern und in deren Entwicklung, was für die schwächeren Länder unmittelbar bedeutet, in Schulden unterzugehen oder sich zu emanzipieren von der wirtschafts- und finanzpolitischen Kontrolle durch die USA mittels Internationalem Währungsfonds und Weltbank. Stattdessen versuchen sie, neue politische und ökonomische Strategien zu entwickeln, um die Verluste, die sie u.a. auf dem europäischen Markt hinnehmen müssen, auszugleichen und die gegenseitige Zusammenarbeit zu stärken, ihre jeweiligen Märkte zu entwickeln und ein größeres Gewicht im internationalen Rahmen zu erreichen.

Die UNCTAD<sup>31</sup>-Daten für die Jahre von 2000 bis 2012 zeigen, dass der Zustrom von FDI<sup>32</sup> (ein sehr wichtiges Kriterium für die Internationalisierung der Produktion) in die BRICS-Staaten sich mehr als verdreifacht hat und nach der Krise 2008 im Jahr 2012 knapp 20 % der weltweiten Auslands-Investitionen ausmachte – verglichen mit 6 % im Jahr 2000. Gleichzeitig sind die BRICS-Staaten auch wichtige Investoren geworden, ihre direkten Auslandsinvestitionen entwickelten sich von 7 Milliarden Dollar im Jahr 2000 zu 126 Milliarden Dollar im Jahr 2012, das sind 9 % des weltweiten Volumens. Vor zehn Jahren waren es nur 1,1 % gewesen.

China ist der größte Auslands-Investor der BRICS-Staaten und der drittgrößte weltweit, und 46 % der Auslandsinvestitionen, die in den BRICS-Staaten getätigt wurden, gingen nach China, gefolgt von Brasilien (25 %), Russland (17 %) und Indien (10 %). Der größte Teil der Auslandsinvestitionen der BRICS-Staaten ging in entwickelte Ökonomien, vor allem in die EU (34 %). Ein weiterer wichtiger Empfänger der Auslandsinvestitionen der BRICS-Staaten ist Afrika.

Die Expansion der russischen multinationalen Konzerne nach Afrika steigt rapide. Russland ist der größte Produzent von Aluminium weltweit und ist wegen der Rohstoffe präsent in Angola, Guinea, Nigeria und Südafrika, ebenso expandieren Banken nach Afrika wie die Vneshtorgbank, die in Angola, Namibia und der Elfenbeinküste Stützpunkte eröffnete, während Renaissance Capital 25 % der Eco-Bank hält, der größten Bank Nigerias.

Diese Entwicklung wird charakteristisch sein für die nächsten Jahre (mit der BRICS-Bank).

Diese Ereignisse sind in der Hinsicht positiv zu bewerten, als sie die weltpolitisch dominierende Stellung der USA schwächen und damit neue Möglichkeiten der Diplomatie und auch der diplomatischen Konfrontation schaffen, die sehr nützlich sein können. Zum Beispiel verhinderte die russische und chinesische Opposition gehen eine UN-„Friedensmission“ in Syrien die Wiederholung eines Szenarios, wie es ein paar Jahre vorher in Libyen stattfand. Das ermöglichte der syrischen Regierung, gegen die islamistischen Söldnern, die von den USA und anderen imperialistischen Mächten unterstützt wurden, wichtige Erfolge zu erzielen.

Das sind Indikatoren für einen Wandel im internationalen Kräfteverhältnis. Aber es sind keine Indikatoren für Hoffnungen auf einen neuen Anlauf zum Sozialismus.

---

<sup>31</sup> United Nations Conference for Trade and Development (UN-Konferenz für Handel und Entwicklung)

<sup>32</sup> Foreign Direct Investment (Direkte Auslandsinvestitionen)

## Zur Geschichte des Sozialismus

### ***Stanislaw Gradow: Der Krieg zwischen Finnland und der Sowjetunion im Jahre 1941 im Zerrspiegel der antisowjetischen Propaganda***

#### **Übersetzung aus „Wperjod“ Nr. 5/2016 von Brigitte Queck**

Im Laufe der ersten vier Jahre des Großen Vaterländischen Krieges, der am 22. Juni 1941 begann, konzentrierten sich in der Nähe der nördlichen und nordwestlichen Grenze unseres Landes deutsche und finnische Truppen, die aber keine Kriegshandlungen vornahmen.

Hitler erklärte in seiner Rede am 22. Juni, dass im Norden deutsche Truppen im Verbund mit „den heldenhaften finnischen Waffenbrüdern kämpfen“. Das Gleiche bekräftigte der deutsche Botschafter in Moskau bei seinem Treffen mit Molotow, als dieser ihm von Kriegsbeginn Deutschlands mit der Sowjetunion berichtete und er erklärte fernerhin, dass Rumänien und Finnland sich an dem Krieg Deutschlands beteiligen werden.

Die sowjetische Regierung versuchte am 22. Juni die Position Finnlands in Bezug des Beginns der deutschen Aggression zu erkunden. Auf die Frage, die der sowjetische Botschafter in Helsinki über die Haltung Finnlands zum Kriegsbeginn in Erfahrung zu bringen versuchte, erwiderte der Außenminister dass „ das Parlament die Angelegenheit bis zum 25. Juni klären würde“. Auf die Frage Molotows an den finnischen Gesandten am 23. Juni, ob sich Finnland Deutschland anschließt, antwortete dieser, dass er aus Helsinki keinerlei Anordnungen erhalten habe.

Die finnische Regierung versuchte die Angelegenheit so darzustellen, dass das Land sich am Krieg Deutschlands gegen die Sowjetunion nicht beteiligen würde und die finnischen Diplomaten im Ausland richteten die Aufmerksamkeit auf die Erklärung, die am 22. Juni vom sowjetischen Botschafter Orlow über die Fortführung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Finnland und der Sowjetunion gegeben wurden. In London und Washington wurde auf die offiziellen Mitteilungen aus Helsinki verwiesen, dass „sich Finnland nicht am Krieg beteilige, dass die Beziehungen zu Russland fortbestehen und dass die militärische Situation in Finnland Verteidigungscharakter habe“.

In dieser Situation musste die sowjetische Regierung handeln und alle notwendigen Maßnahmen einleiten, um auf einen breit angelegten Überfall von finnischem



Territorium aus gewappnet zu sein. Der Volkskommissar für Verteidigung gab am 22. Juni 2 Mal den Befehl des Oberkommandos weiter, nichts zu unternehmen, was den Beziehungen mit Finnland schaden könnte. Es gab eine Direktive des Volkskommissariats für Verteidigung, alles Notwendige zur Verteidigung der Staatsgrenzen zu tun und spezielle Befehle, auf das Territorium Finnlands keinerlei Luftangriffe zu unternehmen.

Gleichzeitig begannen deutsche Bomber am 22. Juni 1941 finnische Flughäfen zu benutzen und von zwei deutschen Wasserflugzeugen wurden von finnischem Territorium aus unweit der Schleuse zum Weißmeer-Ostseekanal 16 finnische Diversanten abgesetzt. Am 23. Juni starteten deutsche Bomber von Ostpreußen aus und benutzten nach dem Überflug über Leningrad-Kronstadt Finnland als Basislager. In den Gewässern des Finnischen Meerbusens zwischen Leningrad und Kronstadt wurden Hunderte Kilogramm schwere Minen abgeworfen.

Die Anwesenheit von deutschen Truppen und Flugzeugen auf finnischem Territorium warf entsprechende Fragen nicht nur seitens der Sowjetunion auf. So stellten die USA Finnland die Frage: "Entspricht es der Wirklichkeit, dass Kampfflugzeuge vom finnischen Territorium aus die Russen bombardieren? Versuchen die deutschen Truppen von Finnland aus in Russland einzudringen?"

Dem sowjetischen Oberkommando, das auch über die Stationierung der deutschen Luftwaffe auf finnischem Territorium informiert war, war klar, wie gefährlich dies für Leningrad war. Die deutschen Flieger hatten große Erfahrung bei der Bombardierung von englischen Städten und Städten anderer westlichen Länder erworben. Es wuchs die Gefahr einer Bombardierung Leningrads von finnischem Territorium aus, wo die Deutschen schon ihre Flugzeuge stationiert hatten.

All dies führte zur Entscheidung zur Bombardierung deutscher Flugzeuge auf finnischen Flughäfen durch die Nordfront der Luftwaffe der Sowjetunion, sowie der baltischen und Nordflotte.

Das also zur oft beschworenen finnischen „Neutralität“ in den ersten Tagen des Großen Vaterländischen Krieges.

Der angeführten Gründe wegen wurde die Entscheidung über die Bombardierung einer Reihe von Flughäfen Finnlands sowie einer Reihe von Flughäfen im Norden Norwegens gefasst, auf denen deutsche Flugzeuge stationiert waren. Die Bombardierung von 18 Flughäfen Finnlands und Norwegens durch die sowjetische Luftwaffe erfolgte am 25. Juni 1941. In Moskau erachtete man es für notwendig, die finnische Regierung darüber zu informieren, dass diese Maßnahmen wichtig waren und sich ausschließlich gegen die aggressiven Handlungen Deutschlands richteten.

Eine analoge Erklärung wurde auch durch den sowjetischen Botschafter in Finnland abgegeben.

Aber in Finnland war man bemüht, die Geschehnisse am 25. Juni als „sowjetische Aggression“ zu bezeichnen. Doch das war nur ein bequemer Vorwand, so, wie der finnische Historiker Seppala und der ehemalige Premierminister Finnlands Linkomies erklärten. Am gleichen Tag drängte der deutsche Gesandte die finnische Regierung „die endgültige Entscheidung über den Krieg“ mit der Sowjetunion zu treffen, darauf verweisend, dass man „später keine Möglichkeit mehr habe, einen Grund für den Bruch der Beziehungen zur Sowjetunion“ zu finden.

Und so geschah es dann auch. Die Entscheidung über den Eintritt Finnlands in den Krieg Deutschlands gegen die Sowjetunion wurde am gleichen Tage gefasst.

Zum Schluss kann man nur sagen, dass die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Finnland in der Periode des Großen Vaterländischen Krieges hätten ganz anders verlaufen können, wenn die damaligen herrschenden Kreise Finnlands nicht auf eigene Initiative hin ihr Land in die Reihen der aktiven Satelliten Hitlerdeutschlands hineingezogen und diese Politik bis 1944 verfolgt hätten.

## ***Gerhard Schiller: Die Partei hat immer Recht***

Eine Behauptung! Deshalb soll der Nachweis geführt werden, dass die Partei tatsächlich immer Recht hat - natürlich die kommunistische Partei. Daß sie in der Lage ist, die Geißel der Menschheit, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, zu beseitigen, hat sie bewiesen. Aber auch davon überzeugt, dass die Beseitigung der Ausbeuter die Voraussetzung dafür ist. Damit gibt es eine gesicherte gesellschaftspolitische Erkenntnis: Ein Leben ohne Ausbeuter ist möglich und besser, Sie hat im Gegensatz zu heute bei ihnen und nicht bei den Menschen Existenzangst erzeugt. Andere Parteien, wie die SPD und sogar die CDU im Ahlener Programm von 1947 haben dieses Ziel zwar auch umschrieben, aber nie erreicht und auch nicht erreichen wollen, weil sie ins Lager der Kapitaleigner übergegangen sind, um diesen anstatt der ganzen Menschheit zu dienen. Die Weltanschauung des Kommunismus ist demgegenüber die, eine klassenlose Gesellschaft zu errichten, in der es soziale Gleichheit gibt, kein Mensch über den anderen herrscht und alles Vermögen dem Volke gehört. Alle Menschen sollen politisch und wirtschaftlich gleich behandelt werden. Am Beispiel der Sowjetunion und Etappen der Weltbewegung kann das nachvollziehbar und anschaulich gemacht werden.

Der Kommunismus, den die Bolschewiki nach der Oktoberrevolution praktizierten, ist selbst in seinen Ansätzen vom Prinzip abgewichen; nicht, weil die Bolschewiki das wollten, sondern weil die internationale Konterrevolution sie von Anfang an zu Abweichungen gezwungen hat, ja, sogar ihren eigenen Absichten zuwider zu handeln, sich zu widersprechen und über das Ziel hinaus zu schießen. Sie hatten sich zur Abschaffung der Polizei und des stehenden Heeres verpflichtet. Stattdessen musste eine politische Polizei als das Schwert der Revolution eingesetzt werden. In vielen Provinzen war sie die einzige Vertretung der Sowjetmacht. Innerhalb der Sowjetregierung entstand bereits anfangs eine Opposition, angeführt von Trotzki, wie auch von Gruppen und Fraktionen in der KPdSU. Diese wurden 1920 verboten, als der Sieg über die ausländischen Interventen gefestigt war. Noch aber existierte der rohe Kommunismus wegen der Abschaffung des Geldes, der Warenpreise, der Mieten. Um den Hunger in den Städten und die Verpflegung der Armen zu gewährleisten, requirierte die Regierung rücksichtslos Nahrungsmittel bei den Bauern, denen an sich der Sieg in der Revolution zu verdanken war. Bauernunruhen gab es überall. Inflation und Arbeitslosigkeit machten die Kaufkraft des Rubels gleich Null. Die Industrie leistete nur noch ein Fünftel der einstigen Produktion. Die Regierung führte die Militarisierung der Arbeit ein. Was ihr zu Gute kam, war die Stimmung der Massen gegen den Krieg, gegen den sie selbst aktiv auftrat. Das konnte genutzt werden. Der Widerstand der Bauern und der Aufstand der Kronstädter Matrosen führten 1921 zum Übergang in die NÖP mit dem Ergebnis, Geld und Markt wieder zuzulassen. Der neue wirtschaftspolitische Kurs löste den durch Bürgerkrieg bedingten Kriegskommunismus ab, der von einer vollständigen Zentralisierung der Produktion und Verteilung, dem Verbot jeglichen Privathandels sowie Abgabezwang an Nahrungsmitteln geprägt war. Nun waren Wege zum Sozialismus neu zu durchdenken. Deshalb, weil eben die Sowjetunion nicht die Chance hatte, unmittelbar nach der Revolution mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen, und der Widerstand der nationalen und internationalen Konterrevolution die Bolschewiki gezwungen hat, die Losung „alle Macht den Sowjets“ aus- und durch die von der Macht der Partei zu ersetzen. Denn sie musste eine Führungsrolle in der Gesellschaft haben, ohne die kein Sozialismus aufzubauen war.

Die Wege zum Sozialismus sind eine entscheidende Frage von Strategie und Taktik, denn für den Sozialismus, den wir meinen, sind die Wege durch das Manifest der Kommunistischen Partei festgelegt. Aber es gibt eine Zeit vor dem Manifest und eine danach. In der davor hat Ferdinand Lassalle, der als Wortführer der Arbeiterbewegung 1863 den Allgemeinen Deutschen Volksverein gegründet hat, den friedlichen Weg sogar mit Hilfe des Staates konzipiert. Abgesehen davon, dass sich der Verein mangels Klarheit selbst auflöste, ist er doch als erste politische Organisation der Deutschen Arbeiterbewegung in die Geschichte eingegangen. Zu

seiner Zeit gab es für den Sozialismus ja auch noch keine theoretische Grundlage und praktische Erfahrungen. Erst das Manifest hat den Weg als einen revolutionären beschrieben, denn Basis der neuen Ordnung musste das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln sein. Dass es die privaten Eigner freiwillig hergaben, war schon damals unwahrscheinlich. Trotzdem sah Marx 1872 infolge des Aufschwungs der Arbeiterbewegung die Möglichkeit, in einigen nicht näher definierten Ländern auf parlamentarischer Ebene diese Veränderung zu erreichen. Noch in seinen April-Thesen von 1917 hat Lenin kurzzeitig den parlamentarischen Weg für Russland für möglich gehalten. Letztlich ging es ohne die Revolution vom Oktober 1917, die die Macht der Bolschewiki brachte, nicht ab. Diese Frage nach dem möglichen parlamentarischen Weg, wie sie damals gestellt wurde, ist noch zu tolerieren, aber nicht, dass Chruschtschow 1956 der kommunistischen Weltbewegung den parlamentarischen Weg schmackhaft machte, was schon revisionistisch war und real die kommunistische Weltbewegung tief erschütterte und schwächte.

Die Wege haben die Sozialisten/ Kommunisten ständig beschäftigt. So stand nach der Befreiung Europas durch die Sowjet-Armee die Aufgabe, die kommunistischen Bewegungen zu stärken und auszurichten. Im Aufruf der KPD in der Sowjetischen Besatzungszone vom Juni 1945 ist mit Zustimmung bzw. schon auf Weisung Stalins enthalten, dass kein Sowjet-System entstehen soll. Die Genossen Dimitroff, Gomulka und Pieck waren 1946 bei Stalin eingeladen, um diese Frage zu konkretisieren. Dimitroff schlug die Bezeichnung Volksdemokratie für diese Länder vor, was bestätigt wurde.

Aber nach der Fultonrede Churchills 1946 und der Trumandoktrin 1947, was Kampfansagen gegen die UdSSR waren, rückte auch für die neuen Ländern das Lagerverhalten in den Vordergrund. Es war keine Zeit mehr für Experimente, wodurch nun ohne Abstriche das Sowjetmodell übernommen werden musste. Und doch blieben die Wege ein Thema. So publizierte Anton Ackerman 1946 den „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“, und wenn man das einreihen will, noch 1988 Honecker aus Trotz den „Sozialismus in den Farben der DDR“. Lediglich Tito war nach dem Sieg der jugoslawischen Kommunisten 1948 nicht bereit, das Lagerverhalten zu akzeptieren.

Auch China ging auf Distanz und wollte 1956 mit der Strategie vom „Großen Sprung nach vorn“ mit einer eigenen Technologie den Weg zum Kommunismus beschleunigen. Der Generalsekretär der Französischen KP, Maurice Thorez, gab schon am 18.11.1946 der britischen Zeitung The Times ein Interview: „Es ist klar, dass sich die KP als Teil der Regierung im Rahmen des parlamentarischen Systems streng an das demokratische Programm halten wird. Der Fortschritt der Demokratie in der ganzen Welt gestattet die Wahl anderer Wege zum Sozialismus als jene, die die

russischen Kommunisten gewählt haben“. Und die britische KP sprach sich im Januar 1951 dafür aus: „Britannien wird auf eigenem Weg zum Sozialismus gelangen. Das Volk Britanniens kann die kapitalistische Demokratie in eine wahre Volksdemokratie umwandeln, indem das Parlament den Willen der großen Mehrheit des Volkes vollzieht“. Es sollte ein friedlicher Weg sein, was sogar Parteiprogramm war. Noch krasser war die Lage in Italien, die Gerhard Feldbauer in seiner Schrift „1945 fiel in Italien die Revolution aus“ dokumentiert. Entgegen dem Bekenntnis dieser Kommunisten, eine demokratische Republik unter Führung der Arbeiterklasse zu errichten und das Monopolkapital zu nationalisieren, ergriffen sie Mitte/Herbst 1945 beim Vorhandensein der Möglichkeiten einer klassischen revolutionären Situation die Initiative zur Machtergreifung nicht. Es herrschte eine rein auf den parlamentarischen Weg ausgerichtete Strategie vor, ja, die vom IKP-Generalsekretär Palmiro Togliatti dominierte Führungsgruppe der Partei verzichtete darauf, die Situation zu nutzen. Wie zum Hohn wurden nach 1945 die in die Regierungen Frankreichs und Italien während des Widerstandes gegen die deutschen Faschisten eingetretenen kommunistischen Minister auf Druck der USA ausgeschlossen.

Man sieht, wie schwierig es war, vor 1945 die kommunistischen Parteien in Europa, als sie unter kapitalistischen Bedingungen kämpfen mussten, auf einen geeinten Weg zu bringen, Sogar nach 1945, wo in Osteuropa sozialistische Staaten real existierten, war es nicht gelungen, eine einheitlich handelnde Plattform zu errichten. Walter Ulbricht hat in diesen Anfangsjahren bereits vorgeschlagen, eine zentrale Plankommission aller RGW Länder zu bilden, damit diese als ökonomisch starker Block dem auf diesem Gebiet überlegenen Kapitalismus gegenüber treten können. Das wurde nicht erreicht. Aber die Arbeitsproduktivität war das Zünglein an der Waage. Ebenso fand seine Initiative zur Weiterentwicklung des Marxismus/Leninismus nur das Echo, dass Breshnew verlauten ließ, der „Walter soll uns nicht schulmeistern“.

Apropos Arbeitsproduktivität: Ist der Sozialismus daran gescheitert, weil er mit der des Kapitalismus nicht mithalten kann? Dort geht es doch nur um Profit. Lenin forderte nicht nur eine höhere Arbeitsproduktivität, sondern eine neue, höhere. Unter neu verstehe ich, daß sie nicht höher als im Kapitalismus sein muß, weil diese speziellen Ausbeutermethoden geschuldet ist, die der Sozialismus verabscheut. Er muß nur effektiver in der Verwertung sein. Anstatt Wegwerfartikel und -mentalitäten zu erzeugen, kann er selbst bei niedrigerer Produktivität und Intensität der Arbeit einen höheren gesellschaftlichen Reichtum erzielen. Dafür steht nur Planwirtschaft, die auf tatsächlichen Bedarf ausgerichtet ist und spontane Wirkungen der auf Überproduktion basierenden Marktwirtschaft bis hin zu Konflikten und Kriegen ausschließt.

Auch heute, wo die Kommunistische Bewegung nach dem Sieg der Konterrevolution zerstört und zutiefst gespalten sind, ist die Frage nach den Wegen zum Sozialismus immer aktuell: Friedlich oder revolutionär? Die Geschichte hat längst geurteilt: Nur revolutionär.

Sucher nach dritten Wegen gibt es viele. Uns Ostdeutschen fällt auf, dass die Linke als Partei, konkret die Parteiführung, danach giert, im Kapitalismus mitregieren zu dürfen. Sie schaffen keine neue Macht, sondern fügen sich der bestehenden. In Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Thüringen hat das zu nichts geführt außer dass die Partei immer mehr Stimmen verlor. In Sachsen und Sachsen Anhalt haben dieses Jahr die Parteivorsitzenden sogar davon geträumt, Ministerpräsidenten zu werden. Sie haben sicherlich die Bodenhaftung verloren. Aber sie sind ja keine Kommunisten, haben Leninismus und Marxismus abgeschworen und sind dem Imperialismus friedlich gesinnte Miteiferer geworden. In Mecklenburg- Vorpommern regierte die PDS seit 1997 mit der SPD zusammen. Erreicht haben sie in diesen Posten für die Partei nichts. Im Gegenteil!

Erinnert sei da an die Reformer in den sozialistisch gewesenen Staaten Europas. Die Ereignisse 1956 in Polen und Ungarn waren ausschließlich Aktionen der Konterrevolution. Sie hatten mit Reformen, wie man denkt, nichts zu tun. 1968 in der CSSR ging es auch rückwärts. Die Forderung nach einem Sozialismus mit menschlichen Antlitz hat sogar suggeriert, dass der Sozialismus unmenschlich sei. Auch diese Bewegung zielte auf den Weg in den Kapitalismus ab, was deren Spitzenmann Ota Sik hinterher offenerherzig zugab, auch Havel, der spätere Präsident.

Ungarn hat sich schon 1988 nicht mehr als sozialistischer Staat verstanden.

1989 löste sich die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei selbst auf.

Jelzin und Gorbatschow haben dann die Staatengemeinschaft aufgelöst und dem Verfall preisgegeben. Alles historisch belegt.

Dabei ist klar: Reformen muss es in und für die Partei geben. Sie gehören zu den Wegen der Weiterentwicklung im Stadium des realen Sozialismus, zu den Wegen im Sozialismus Aber eben echte.

Was hat das alles damit zu tun, ob die Partei Recht hat? Es soll zum Verstehen beitragen: Der Satz trifft zu, wenn die Partei revolutionär ist, aber nicht, wenn Opportunismus und Revisionismus sie zerfressen.

Da ist auch darauf einzugehen, dass die kommunistische Gesellschaft in zwei Phasen unterteilt ist, den Sozialismus als die erste Phase, in der noch die Muttermale der vorhergehenden kapitalistischen Ordnung wirken und zurückgedrängt werden müssen und die zweite, höhere Stufe des Kommunismus, nachdem der Sozialismus

vollständig gefestigt ist. Doch Lenin schlug schon 1917 vor, dass „wir uns Kommunisten nennen wollen, wir haben den Kommunismus zwar noch nicht, aber wir wollen ihn“. Und er begründete dies noch damit, dass die russischen Sozialisten den Kriegskrediten zugestimmt haben, mit „denen wir nicht verwechselt werden wollen“. So ist dieses Verständnisproblem auch noch heute aktuell: In Frankreich gehört der Präsident einer Partei an, die sich „sozialistisch“ nennt, die aber als Partei sozialdemokratisch ist und den Herrschenden selbstgefällig dienen.

Der Marxismus ging damals davon aus, dass die proletarische Revolution nur im Weltmaßstab erfolgreich sein kann. Lenin hat das genial formuliert: Die Basis der neuen Gesellschaft kann im Westen gefunden werden. Dort müssten Revolutionen stattfinden, besonders in Deutschland, das die Lokomotive sein muß, den russischen Waggon, der sich 1917 abgekoppelt hat, anzukoppeln, in Bewegung zu bringen und in die richtige Zukunft zu ziehen. Im Westen gab es aber nur die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, jedoch genügend konterrevolutionäre Kräfte, diese abzuwürgen, voran die Sozialdemokratie.

So gab es von dort keine Unterstützung und die Sowjets mussten damit auskommen, in einem rückständigen Land mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen. Das war leichter gesagt als getan, denn gerade in dieser Frage setzten die Differenzen zwischen Trotzki und Stalin an. Beide hatten unterschiedliche Meinungen über die Wege zum Sozialismus. Trotzki verfocht die Theorie von der permanenten Revolution, womit deren Export propagiert wurde und wodurch er nach Lenins Tod mit Stalin immer mehr in Konflikt geriet. Stalin, der im April 1924 auf Vorschlag Lenins zum Generalsekretär gewählt wurde, vertrat den Weg, im rückständigen Russland mit dem sozialistischen Aufbau zu beginnen und nicht, wie Trotzki vorschlug, auf den Sieg der Weltrevolution zu warten. Damit hatte er sofort die Mehrheit der Partei und des Volkes hinter sich, das aus den Wirren der Zeit heraus in eine nahe liegende sichere Zukunft wollte.

Trotzkis Haltung hatte dem Land bereits schweren Schaden zugefügt: Zu den Friedensverhandlungen am 23.12.1917 nach Brest-Litowsk geschickt, bezeichnete er dort den Frieden als Verrat an der Revolution. Er forderte das europäische Proletariat auf, sich zu erheben und seine Regierungen zu stürzen. Er unterschrieb die Vereinbarung entgegen Lenins Weisung nicht, so dass die Deutschen an der ganzen Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer in die Offensive gingen und Petersburg bedroht war. Die Vernichtung der Sowjetunion war aktuell. Im Ergebnis der zweiten Friedensverhandlungen am 3.3.1918 wurden große Teile des Landes von den Deutschen besetzt und Polen aus dem russischen Hoheitsgebiet ausgegliedert. Und doch hat Trotzki das große Verdienst, als Nichtmilitär die zersprengten Abteilungen der Roten Garde zusammengeführt und eine Rote Armee geschaffen zu

haben, die am 23.2.1918 bei Pskow die deutschen Truppen besiegte. Dieser Tag ist als ihr Geburtstag in die Sowjet-Geschichte eingegangen.

Sie, die Rote Armee, war dann auch ernsthaft gefragt, als 1920 polnische Truppen, von England und Frankreich aufgestachelt und ausgerüstet, in die Westukraine einfielen. Sie wurden in Raum Kiew von der Roten Armee zum Stehen gebracht und zurückgeworfen. Die Rote Armee folgte den fliehenden polnischen Truppen dermaßen, bis sie kurz vor Warschau stand. Trotzki und Tuchatschewsky ließen dabei aber eine gefährliche Ausdehnung der Verbindungslinien zu, wohin die unter Führung alliierter Generäle stehende polnische Gegenoffensive drängte und die Sowjetunion im folgenden Frieden von Riga die westlichen Gebiete von Weißrussland und der Ukraine an Polen abgeben musste.

In diese Zeit fällt auch die Gründung der III. oder auch: Kommunistischen Internationale 1919, die ein Informationsbüro, Komintern, einrichtete. Das sollte nach der Oktoberrevolution das Führungszentrum für die Strategie und Taktik der kommunistischen Parteien aller Länder werden. Viele in dieser Zeit gegründeten Kommunistischen Parteien sahen darin die Hoffnung auf eine Weltrevolution, denn die Arbeiter der Welt hatten die Oktoberrevolution begeistert begrüßt und ihre Solidarität bekundet. Die Komintern galt insgeheim auch als Generalstab der Weltrevolution, woran eben Trotzki's Theorie Anteil hatte.

Trotzki muß in diesem Artikel mehrfach erwähnt werden, weil er mit der Überschrift, wonach die Partei immer Recht hat, in Zusammenhang steht.

Insgesamt ist die Person Trotzki negativ zu bewerten. Der kurz vor der Oktoberrevolution in die Partei gekommene Trotzki, der 14 Jahre vorher ihr erbitterter Feind war, hat die Tatsache, dass er mit seiner Weltrevolution in der Parteiführung nicht durchkam, nur so überwunden, dass er seine oppositionelle Bewegung mit dem Ziel der Beseitigung der Stalin-Regierung betrieb. Diese Opposition war bereits 1923 eine mächtige Organisation mit illegalem Nachrichtendienst, Geheimdruckereien und Waffenlagern. In allen staatlichen und Parteorganen gab es trotzkistische Zentren. 1933 stand er an der Spitze der internationalen sowjetfeindlichen Verschwörer. In der Sowjetunion war der Block der Rechten und Trotzkiisten das Oberkommando der sowjetfeindlichen Opposition.

Über deren Wüten ist bereits vieles veröffentlicht. Ich will mich auf den Umstand beziehen, wie die konterrevolutionären Kräfte ihre Leute sogar in hohe Staatspositionen bringen und Schäden anrichten konnten, die die Propagandisten des Imperialismus über Jahre und Jahrzehnte als systembedingt in die Welt setzten, worüber offen-siv berichtete und was ich hier herausstellen möchte: Ab 1934 wurde der sich nach außen bolschewistisch gebende Jagoda Chef des Geheimdienstes



NKWD. Der Mann erlangte diesen Posten durch Ermordung seines Vorgängers. Das war die Zeit, wo die konterrevolutionären Kräfte die Oberhand zu erhalten schienen, gleichzeitig war es die Zeit, in der sie von den Sicherheitsorganen enttarnt und angeklagt wurden. Diese Problematik macht die 30er Jahre so wichtig. Akut wurde es ab 1936, wo auch wieder ein aktiv gewesener Bolschewik Namens Jeschow in diese Stellung gelangte. Dieser Verräter hat nach seiner Enttarnung in den Vernehmungprotokollen ausgeführt, dass er vom deutschen Geheimdienst - er arbeitete für diesen und den japanischen -, den Auftrag erhielt und bestens ausführte, durch willkürliche Verhaftungen auch unverdächtiger Menschen so viel wie möglich Unruhe und Instabilität in den Sowjetstaat zu bringen. Es ist verständlich, dass Prozesse wie die in den Jahren 1937 und 1938 folgen mussten. Aber eigentlich gehörten Deutschland und Japan auf die Anklagebank; sie hatten sich nur dingbarer Kräfte mit dingbaren Methoden bedient.

Diese Moskauer Prozesse 1937/1938 waren zusammengefasst Endpunkte der langjährigen Auseinandersetzungen mit Trotzki und seinen Anhängern, die die Beschlüsse des ZK nicht nur kritisierten, sondern umgingen, sabotierten und schließlich zu Kampfmitteln jenseits offizieller Diskurse griffen: Industriesabotage, Spionage für die potentiellen Kriegsgegner Deutschland und Japan bis zum Landesverrat durch Vereinbarung mit der deutschen Reichsregierung und Reichwehr über die Aufteilung großer Landesteile der Sowjetunion im Falle einer Naziinvasion und den Umsturz der bestehenden Ordnung wie Ersetzung durch eine bereits namentlich festgelegte trotzkistische Regierung.

Angesichts dieser Tatbestände drängt sich die Polemik um die Gewalt auf. Das ZK der KPdSU hatte im Februar 1937 die „Große Säuberung“ beschlossen, um feindliche Elemente aufzuspüren und zur Rechenschaft zu ziehen. Diese Aktion war aber bestenfalls das Ende der Gewaltkampagne gegen den sozialistischen Staat.

Am Anfang war die ausländische Intervention, die dem neuen System die Gewalt aufzwang. Das hatte erhebliche Folgen bis hin zur Verteufelung Stalins und der Brandmarkung der sowjetischen Planwirtschaft als „Stalinismus“, einem Begriff, den als erster auch Trotzki geprägt hat.

Der Bürgerkrieg hat doch gezeigt, wer wen und warum bekriegte! Wie viele Artikel und Bücher mögen über den „Roten Terror“ geschrieben worden sein, ohne die geschichtlichen Zusammenhänge zu beachten; z.B. den weißen Terror, der Ursache und nicht Wirkung war. Und obwohl Lenin bereits 1920 den Roten Terror verboten und die Todesstrafe aufgehoben hat, waren Vorkommnisse dieser Art in den Folgejahren nicht auszuschließen. So hat dann auch das ZK der KPdSU im Februar 1939 die Auswüchse und Übergriffe der Großen Säuberung verurteilt und die

Todesstrafe abermals aufgehoben. Die Verhaftungen gingen spürbar zurück, nach dem Berija Chef des Geheimdienstes geworden ist.

Der Weiße Terror hat nie aufgehört. Der heutige Krieg gegen den inszenierten „islamistischen“ Terror ist nicht die vermeintliche Reaktion, sondern die Aktion bzw. der Angriff, ist Staatsterrorismus. Der letztlich auf Hass gegründete Widerstand gegen die Methoden der Ausbeuter und Unterdrücker, die also die Auslöser von Terror waren und sind, wächst in dem Maße, wie diese maßlos immer mehr unterdrücken.

Angesichts des Chaos´ und der Barbarei des Imperialismus ist die Frage der Demokratie zu einer Farce geworden. Lt. Duden bedeutet „Demokratie“ Volksherrschaft.

Wir leben heute in Deutschland in einer so genannten parlamentarischen Demokratie, was eine Demokratie des Kapitals ist, wie die Praxis zeigt: Sozialabbau und die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten, Terror, Notstandsgesetze, Überwachung, der gläserne Mensch! Eine solche Demokratie, die des Wortes gar nicht wert ist, ist nur auf die Festigung der Herrschaft des Kapitals bedacht und kennt keine Vorwärtsentwicklung. Da hat ja Frau Merkel auch schon offen gesagt, es gäbe keine Garantie auf Demokratie für alle Zeit! Und sie erklärte voriges Jahr, wir hätten eine marktkonforme Demokratie, also eine, die dem Markt dient. Und nicht den Menschen!?! Vom kapitalistischen Markt mit seinem Existenz bedrohenden Konkurrenzkampf geht doch für das Volk nur Unheil aus! Was soll und kann da das Volk mit so einer Schein- oder Schrupfdemokratie anfangen? Fest steht: Die bürgerliche Demokratie wird den sozialen Bedürfnissen der Menschen nicht gerecht. Wo der Profit der Maßstab aller Dinge ist, kann es keine Demokratie geben. Im Gegenteil wird ja ungeniert von der Diktatur des Geldes gesprochen.

Anders eben die sozialistische Demokratie, die mit der Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei beginnt. Sie wird ständig vervollkommnet. Durch sie haben die Menschen erstmals die Möglichkeit, die gesellschaftliche Entwicklung bewusst mitzugestalten, weil sie sozial völlig gleich sind und über ihre zunehmende Mitwirkung in den gesellschaftlichen Organisationen ihre Entwicklung und die der Gesellschaft selbst bestimmen.

Aus aktueller Sicht meine ich, dass es in der BRD gar keine Demokratie gibt, sondern eine Plutokratie. Politiker und Medien bilden die Pufferzone, die zwischen Volk und Bourgeoisie besteht und justieren muß, was die Bourgeoisie fordert und dafür zuständig ist, daß das Volk dem entspricht.

Noch heute tönt es, dass wir in der DDR am 15.3.1990 die ersten freien Wahlen – als Großereignis – hatten. Wen oder was konnten wir wählen? Eben Parteien und einige genehme Personen, auf deren Auswahl auf dem Wahlschein wir keinen Einfluß

hatten. Und um die Ost-SPD zu schlagen, die in Umfragen als Wahlsieger gesehen wurde, hat Kohl schnell aus drei bürgerlich-reaktionären Ost-Parteien und Organisationen eine Wahl-Allianz für Deutschland geschmiedet, und dadurch der Ost-CDU an die Spitzer verholten. Vorher war die starke Bauernpartei der DDR von ihrem Vorstand ohne Mitgliederbefragung der CDU zugeschlagen worden! Ebenso die DDR-Liberalen auf die aus der BRD. Alles ohne mediales Aufheben veranstaltete Vereinigungsparteitage vor den Wahlen, die eigentlich erst im Mai stattfinden sollten; vorverlegt, bevor das Volk der DDR zum Nachdenken kommt und vielleicht ganz anders reagiert. Auch wurde es in dieser Wahl nicht gefragt, wie es zur Einheit steht. Die SZ hat am 17.12.1989 eine Umfrage von ARD und Spiegel konkret zur Frage Wiedervereinigung veröffentlicht, wo 73 % der DDR Bürger für den Erhalt der DDR als souveräner Staat waren und nur 27 % für eine Vereinigung mit der BRD. Die Ostparteien, außer der PDS, waren für den schnellen Beitritt zur Bundesrepublik, der mit dem manipulierten Wahlsieger perfekt war.

Dieser aktuelle Bezug soll den Unterschied zwischen den Demokratieformen im Kapitalismus und Sozialismus verdeutlichen. Im Sozialismus dient die Demokratie der Vorwärtsentwicklung zu ihrem eigentlichen Anliegen, der Volksherrschaft. Im Kapitalismus wird sie, wenn es sie gab, zurück gestutzt, damit das Kapital und die Hochfinanz immer besser herrschen und ausbeuten wie unterdrücken können. Und je mehr Probleme es gibt, desto größer die Kriegsgefahr.

Der Sozialismus/Kommunismus ist die einzige Alternative für die Gesellschaft, und er ist bitter notwendig, was wir gerade wie in einer Lehrvorführung über den Imperialismus erleben. Fehlt es den Menschen an Bewusstsein, das zu begreifen? Müssen sie erst durch Schaden klug werden? Wie 1945? Danach war der Sozialismus in der Welt sogar populärer als 1917 nach der Oktoberrevolution. Dank des Sieges der Sowjetarmee wurden osteuropäische Staaten gebildet. Die kommunistischen Bewegungen in diesen Staaten konnten sich entwickeln. Der gestärkte Sozialismus hatte auch den weltweiten Untergang des Kolonialsystems und das Entstehen sozialistisch orientierter asiatischer Staaten zur Folge. Später auch in Afrika und dem arabischen Raum.

Aber zurück zur Frage: Hat die Partei immer recht oder nicht? Dass die Partei recht hat, ist zweifelsfrei geschichtsnotorisch. Nur ist diese Tatsache für die derzeitigen Herrschaftsverhältnisse der Teufel in Wort und Tat, weil das Privateigentum an den Produktionsmitteln hemmend im Wege steht und auch nicht Argumenten und Erkenntnissen zuliebe beiseite treten wird.

Wir haben ja die Niederlage noch gar nicht richtig verdaut und müssen mühsam wieder aufbauen. Und das unter schlechteren Bedingungen, als 1917 und 1945. Der Antikommunismus wütet. Noch mehr wütet der USA-Imperialismus, weil er keine

sozialistische Weltmacht mehr als Gegner hat. Die USA und ihre Verbündeten sind trotz aller Rivalitäten untereinander zu Beherrschern der Welt geworden, weil der Sozialismus als Weltsystem niedergedrungen wurde, und dies, weil er durch das Hineintragen des Revisionismus innerlich zerfressen wurde. Nachdem Chruschtschow die führende Rolle in Partei und Staat übernehmen konnte, kam eine - man muss sagen bürgerliche - Nomenklatur nach oben. Das waren privilegierte Leute, die nur ihre Privilegien und Lebensweise pflegten und denen die Weiterentwicklung des Sozialismus gleichgültig, ja sogar unerwünscht war. Mit kleinen Schritten setzte Chruschtschow über diese Nomenklatur einen Regierungsstil des schulmeisterlichen Leitens durch. Letztlich vollendete Gorbatschow diesen Verrat. Der Weg des Sozialismus wurde führungsseitig verbaut und vom Volk, das sich selbst überlassen fühlte, nicht mehr ernst genommen.

Gegenstand der Betrachtungen dieses Artikels sollten die Wege zum Sozialismus sein. Die Meinungen und Taten zwischen Stalin und Trotzki gerade in dieser Frage sind wesentlich zum Verständnis der sowjetischen Frühgeschichte. Und was die Frage betrifft, ob die Partei immer recht hat und alles richtig macht, sei das Zitat von Lenin aufgeführt: „Mag die korrupte bürgerliche Presse jeden Fehler, den unsere Revolution begeht, in die Welt hinausposaunen. Wir fürchten unsere Fehler nicht. Mit dem Ausbruch der Revolution sind die Menschen nicht zu Heiligen geworden. Jahrhunderte lang unterdrückt und eingeschüchtert, niedergehalten in Not, Unwissenheit und Verwilderung, können die werktätigen Klassen die Revolution nicht durchführen, ohne Fehler zu machen.“

Die Partei, die Partei, die hat immer Recht, und Genossen, wir bleiben dabei!  
Denn wer kämpft für das Recht, der hat immer Recht,  
gegen Lüge und Ausbeuterei.

Für die Partei bleibt die größte geschichtliche Leistung, dass der Sozialismus den deutschen Faschismus besiegt hat. Damit hat er in die Geschichte des Kapitalismus eingegriffen, der sich seit der Oktoberrevolution in einem Ausnahmezustand befand.

Die Oktoberrevolution war keine Fußnote der Geschichte. Sie wurde zur Fußangel. Nicht auszudenken, wohin die Menschheit ohne sie und Lenin gekommen wäre.

Heute ist das zu erleben.

## DKP

### ***Fritz Dittmar: Der ideologische Kern des Streits in der DKP***

#### **Anmerkungen zu Georg Polikeit und Frank Deppe<sup>33</sup>**

Ich stimme Georg Polikeit zu, dass sich seit unserem 20. Parteitag die Gegensätze zwischen den Gruppierungen nicht verringert, sondern weiter verschärft haben.

Er beklagt, Anhänger seiner Richtung würden als „reformistisch“, „revisionistisch“ und „opportunistisch“ „etikettiert“ und ihnen „die Würde als Kommunisten abgesprochen“. Er selbst aber bezeichnet Propaganda für den Sozialismus als „selbsterteilten ‚Lehrauftrag‘“, was dazu führt, dass wir dann als „ewige Besserwisser“ wahrgenommen werden. In dem „offenen Brief“ zu seiner Unterstützung findet man folgende Etikettierungen für die Mehrheit: „verantwortungslos“, „ohne lebendigen wissenschaftlichen Diskurs“, „in die Isolation führend“, „politisches Abseits“, „unsolidarische Beurteilung von...Gewerkschaftspolitik“, „sektiererisch“. Damit genug zu Stilfragen!

Zur Entwicklung der „Strömungen“ in der DKP möchte ich an eine Rede von Heinz Stehr vor der Aktionärsversammlung von Bayer erinnern, wo er formuliert hat, im Mittelpunkt der Konzernpolitik dürfe nicht der Profit, sondern müsse der Mensch stehen! Diese Rede stand damals in der UZ. Dem könnte jeder bayerische Dorfpfarrer zustimmen, aber doch wohl kein Kommunist.

Zu den inhaltlichen Differenzen: Im Manifest schreiben unsere „Lehrmeister“ Marx und Engels zu der besonderen Rolle der Kommunisten: „Die Kommunisten... haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.“ Es genügt aber nicht, wenn die Kommunisten sich im stillen Kämmerlein an diesem Wissen erfreuen. Dazu Marx: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert. Es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“ Und was kann die richtige Theorie dabei leisten? „Die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die

---

<sup>33</sup> Die Texte, auf die sich Fritz Dittmar bezieht und aus denen er zitiert, sind: 1) „Zu den Meinungsverschiedenheiten in der DKP – Ein Diskussionsbeitrag von Georg Polikeit“ (28.05.2016) und 2) „Frank Deppe an Georg Polikeit: Ich verfolge die Entwicklung mit Interesse und Sorge“ (16.07.2016)

Massen ergreift.“ schreibt Marx an anderer Stelle. Das tut die Theorie nicht spontan von allein, sondern durch die Vermittlung derer, die sie kennen, eben der Kommunisten. Es genügt also nicht, selbst den Marxismus zu kennen, sich als Kommunist zu outen und ansonsten ein guter Gewerkschafter, Betriebsrat, Friedensaktivist, Umweltaktivist oder Sportvereinsfunktionär zu sein. Man muss sich mit bürgerlichen und reaktionären Auffassungen seiner Mitmenschen auseinandersetzen und sich bemühen, Kenntnisse des Marxismus zu vermitteln, wenn man Kommunist sein will.

Man muss damit nicht nerven, aber so wie andere ihre Positionen vertreten, müssen wir es auch tun. Das geht aus Marx' Aussagen klar hervor. Diesen „Lehrauftrag“ haben sich also nicht irgendwelche Sektierer und Dogmatiker ausgedacht, sondern die politischen Genies, auf die sich auch das „Netzwerk kommunistische Politik“ angeblich positiv beziehen.

Georg sieht das anders: „Meine Befürchtung ist, dass mit dem (von Marx!) selbsterteilten „Lehrauftrag“...die Gefahr verbunden ist,...dass wir von Menschen anderer Weltanschauung nur noch als die „ewigen Besserwisser“ wahrgenommen werden. Er warnt davor, dass die DKP „sich in erster Linie als ‚Lehrmeisterin‘ betätigt, die alle anderen von falschen Auffassungen bekehren will.“ Doch, in der Tat, das sollen wir wollen und so weit wie möglich verwirklichen. Wir sollen an den aktuellen Fragen argumentieren, warum nur der Sozialismus die drängenden Probleme lösen kann. Selbstverständlich sollen wir uns auch an fortschrittlichen Aktionen und Bündnissen beteiligen und uns als Aktivisten profilieren. Aber die Verbreitung von Klassenbewusstsein ist unsere spezielle Aufgabe, die uns niemand abnehmen kann, insofern also unsere Hauptaufgabe.

Wir werden gegenwärtig die meisten Menschen nicht rasch von unserer Politik überzeugen. Zu Recht weist Georg daraufhin, dass sich „Massen- und Klassenbewusstsein (nur) anhand eigener Erfahrung tatsächlich“ verändert. Das leisten die eigenen Erfahrungen aber nur dann erfolgreich, wenn sie in Verbindung mit der Theorie stehen, die von außen vermittelt wird.

Zwei historische Beispiele:

Gegen Ende der Weimarer Republik kam die SPD auf die geniale Lösung: „Wer Hindenburg wählt, schlägt Hitler“. Die KPD antwortete mit: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“. Das haben auch damals viele als Panikmache und Besserwisserie empfunden, und es hat nicht genug Wähler überzeugt. Aber hätte die KPD schweigen sollen, um die Wähler nicht zu nerven? Kein Jahr nach seiner Wahl berief Hindenburg Hitler zum Reichskanzler, und sechs Jahre später brach dieser den Weltkrieg vom Zaun. Antifaschistisches Bewusstsein

nach dem Krieg wurde durch die Einsicht gefördert, dass die Kommunisten mit ihrer Sicht Recht behalten hatten.

1917 nach der Februarrevolution erklärten die Bolschewiki, dass die von der Duma gewählte bürgerliche Regierung keinen Frieden bringen würde, sondern erst eine Regierung der Sowjets (Räte). Damit blieben sie zunächst in der Minderheit, sogar innerhalb der Räte. Bis zum Herbst führte die Kerensky-Regierung den Krieg weiter und verschärfte das Elend der Menschen so weit, dass sie im November die Duma auseinander jagten und die Sowjetregierung an die Macht brachten.

Bezeichnend für den innerparteilichen Konflikt ist, dass in Georgs grundsätzlichem Beitrag die Machtfrage nicht einmal erwähnt wird, außer in der sehr abstrakten Formulierung, „Ich kenne niemanden in der Partei, der die Notwendigkeit eines revolutionären Bruchs mit dem Kapitalismus in Frage stellt. Dass der Sozialismus nicht bloß das Ergebnis einer Serie von Reformen sein kann, ist unbestritten.“ „Bruch“ finde ich als Beschreibung des Übergangs ungenau. Damit könnte auch so etwas gemeint sein wie etwa ein Gesetz, dass das Privateigentum an Produktionsmitteln verbietet. Ich halte es für notwendig, die Voraussetzungen genau zu benennen, unter denen ein solches Gesetz zustande kommen könnte.

Lässt man wie Georg den Inhalt der Machtfrage außen vor, die Frage, welche Klassen die anderen durch ihre Verfügung über die Gewaltmittel unterdrücken, so kann man auch auf die Idee kommen, der Bruch mit dem Kapitalismus könne sich über drei Entwicklungsphasen friedlich hinziehen.

Er führt aus, wie er sich den Übergang vorstellt. (Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt, antimonopolistisch-demokratische Umgestaltungen und revolutionäre Veränderung mit durchgehender Einführung des gesellschaftlichen Eigentums an den wichtigen Produktionsmitteln). Dabei vermeidet er, den Punkt zu benennen, wo sich die Machtfrage stellt. Eine „Doppelherrschaft“ (gleichzeitiges Existieren staatlicher Institutionen in den Händen feindlicher Klassen) kann nur eine kurze Phase sein, bis die eine Seite über die andere siegt.

Ausdrücklich erwähnt er, dass der Bruch nicht am Ende der ersten Phase stattfinden wird. In Ihr soll erst einmal durch erfolgreichen Kampf gegen weitere Verschlechterungen und um fortschrittliche demokratische Reformen eine beträchtliche Veränderung des Kräfteverhältnisses erreicht werden.

In der zweiten Phase, der antimonopolistische-demokratischen Umgestaltung, sieht Georg dann „die Überführung der großen Banken und Versicherungskonzerne...und anderer wirtschaftsbeherrschender Monopolgruppen in demokratisch kontrolliertes öffentliches Gemeineigentum“ vor.

Nun wissen die Kommunisten seit hundert Jahren (aus Lenins „Imperialismus als höchstes Stadium...“) über den Charakter der heutigen Staatsmacht Bescheid: Ein einheitlicher, wenn auch nicht widerspruchsfreier Organismus, ein unauflösliches Geflecht von Staatsapparat und Monopolen überzieht alle Teile der Gesellschaft.

Und genau diesen Kern des Monopolkapitals will Georg durch „feste antimonopolistisch-demokratische Mehrheiten...im Bundestag“ mit entsprechender Regierung enteignen. Und das lassen die sich offenbar gefallen? 43 Jahre nach Pinochets Putsch in Chile hat Georg offenbar nichts von der Machtfrage begriffen. Was er hier vorschlägt, ist ein rein parlamentarischer Weg zum Sozialismus.

Der Übergang zum Sozialismus kann durchaus in den Phasen erfolgen die Georg beschreibt. Betrachtet man diese unter dem Gesichtspunkt der Machtfrage, so ist aber auch möglich, dass bereits die Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt die Interessen der Monopole so stark beeinträchtigt, dass sie schon hier autoritäre Lösungen versuchen (Reaktionäre Gesetzesverschärfungen, wie sie jetzt schon geplant und beschlossen werden, erneute Parteiverbote, Einschränkungen des Streikrechts usw., oder auch Versuche, das Anwachsen der Linkskräfte durch einen Putsch zu stoppen). Denkbar ist also auch, dass sich schon dann die Machtfrage stellt.

Sollten die herrschenden Kräfte aber dulden, dass wir an die Phase zwei herankommen, wo wir das Eigentum der Monopole verstaatlichen wollen, so ist spätestens dann für sie der Punkt gekommen, über den der „alte Dogmatiker“ Lenin sagt: „Niemals werden sich die Herrschenden den Beschlüssen der Mehrheit beugen, ohne in einem letzten Gefecht...ihre Aussichten auf die Probe zu stellen.“

So gesehen ist Georgs Ablehnung, die DKP als „marxistisch-leninistische“ Partei zu bezeichnen, nicht von seinem Ignorieren der Machtfrage zu trennen.

Es geht ihm und der Minderheit hierbei in Wahrheit nicht darum, sich von den angeblichen „stalinistischen Verengungen“ zu distanzieren, die es unter der Bezeichnung „Leninismus“ gegeben habe, sondern sie wollen nicht mehr darauf festgenagelt werden, dass sie die Weiterentwicklung des Marxismus durch Lenin ablehnen.

Vor ca. zwei Jahren versuchte die Minderheit, neben Lenins Bedeutung diejenige weiterer marxistischer Theoretiker des 20. JHds wie Gramsci und Luxemburg als gleichwertig zu stellen. Auch bei diesen würden sie zwar keine Vorschläge für einen friedlichen, parlamentarischen Weg zum Sozialismus finden, aber es ging der Minderheit in Wahrheit darum, die Bedeutung von Lenins Theorie zu relativieren. So bezieht sich Georg an keiner Stelle seines Briefs auf Lenin, nicht einmal negativ.



(Im Übrigen: Auch mit Marx´ und Engels „Kritik des Gothaer Programms“ sind die Positionen der Minderheit nicht verträglich.)

Frank Deppe führt den innerparteilichen Streit in der DKP statt auf inhaltliche Differenzen auf unterschiedliche seelische Befindlichkeiten zurück, die „jeder von uns“, bei sich selbst findet, wo aber jeder die Anteile verschieden gewichtet: die „linksradikale“ Seele, die sich über die kapitalistische Barbarei empört, und die „realistische“, die das Kräfteverhältnis berücksichtigt. Diese Befindlichkeiten (linksradikal bzw. realistisch) ordnet er den Gruppierungen innerhalb der DKP zu, die ich hier lieber in guter alter Tradition mit den Begriffen „Mehrheit“ und „Minderheit“ bezeichnen möchte.

Einen Beleg, dass die Mehrheit das Kräfteverhältnis nicht berücksichtigt, bleibt er schuldig, es sei denn, dass er es für unrealistisch hält, die radikale Umwälzung (Latein.: Revolution) der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse als Ziel beizubehalten. Er selbst begnügt sich mit der Forderung nach dem gravierenden(?) Eingreifen in die Eigentumsverhältnisse. Dabei kann sich jeder seins denken. Etwa z.B. Gysi denkt vermutlich, er habe in die Eigentumsverhältnisse eingegriffen, wenn nach seiner Rede die nächste Kürzung im Sozialbereich etwas geringer ausfällt.

Wie tief für Deppe die Eingriffe gehen sollen, darüber schweigt er. „Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie ...alles Kapital zu entreißen.“(Komm. Manifest). Wenn dieser Satz für ihn unzeitgemäß geworden ist, sollte er das sagen.

Stattdessen führt er Veränderungen in der Klassenstruktur der Arbeiter an, die durchaus diskussionswürdig sind. Meine Sicht dieser Dinge ist so:

Der Schock aller fortschrittlichen Menschen über die ruhm- und kampflose Implosion des Realsozialismus ist bis jetzt nicht verarbeitet.

Die Auffassung, damit sei die Unmöglichkeit einer sozialistischen Perspektive auf Dauer erwiesen, herrscht in der Gesellschaft und auch in der Arbeiterklasse vor. Sicher geht es „ nicht nur um die Aufarbeitung des Scheiterns“, aber ohne dass hier bei den klügeren Linken ein Umdenken einsetzt, weg von dem unbelegten und undurchdachten „Stalin ist an allem schuld, kein Wunder, dass (36 Jahre nach seinem Tod!!) seine `Fehler und Verbrechen´ zum Untergang führten!“, kann kein massenhaftes Streben nach einer sozialistischen Zukunft entstehen. Das gilt auch für den mit mehr oder weniger frommen Vorsätzen weichgespülten „Sozialismus des 21. Jahrhunderts.“

Was die Änderungen in der Struktur der Arbeiterklasse betrifft, so hat sie folgende Etappen und Perspektiven:

Bis 1974 zeigte sich der Rheinische Kapitalismus von seiner „netten“ Seite, aufgrund der langanhaltenden Nachkriegskonjunktur und der Systemkonkurrenz. Erinnerung sei an Schmidts Formulierung: Lieber 5% Inflation als 5% Arbeitslose.

Dann, mit der ersten Ölkrise und der erkennbar werdenden Stagnation des Realsozialismus, wurden die Zeiten und der Klassenkampf von oben härter. Der Arbeitgeberpräsident formulierte: Dann werden wir eben ein bisschen weniger sozialen Frieden haben. Die Arbeitslosigkeit nahm zu und betraf dabei die ganze Arbeiterklasse.

Mit dem Untergang des Realsozialismus fühlten sich die Imperialisten als Sieger der Geschichte. Sie konnten die Maske des dem Gemeinwohl Verpflichteten ablegen. Die politische und ökonomische Konkurrenz zwischen den imperialistischen Zentren wurde offener ausgetragen. Klar war dabei, dass die besten Karten hatte, wer seine jeweilige Arbeiterklasse am brutalsten zurückstutze. Der Vorreiter dieser Entwicklung war Deutschland mit seiner sozialdemokratischen Regierung, die sich auf ihren Einfluss in den Gewerkschaften verließ und so 2003 die Agenda 2010 praktisch ohne Widerstand durchzog.

Diese zusätzliche Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse betraf nicht alle gleichmäßig: Die Kernbelegschaften der Großbetriebe blieben zunächst weitgehend ausgespart, was Widerstand fast unmöglich machte. So wurden die Lohnstückkosten enorm unter das Niveau der konkurrierenden Staaten gedrückt, und die deutsche Bourgeoisie wurde Exportweltmeister. Sie errang die politische Vorherrschaft in der EU und wachsendes ökonomisches, politisches und militärisches Gewicht in der Welt.

2008 erlebte der Kapitalismus seine schärfste ökonomische Krise, die bis heute nicht bereinigt ist, während sich die nächste Krise bereits abzeichnet. Ich vermute, dass sich die Profitrate dann nur halten oder steigern lässt, wenn man die Schonung der Kernbelegschaften aufgibt. Erstes Anzeichen für das Ende der Sonderrolle der Kernbelegschaften könnte die aktuelle Erkenntnis des DGB sein, dass schon das jetzige Rentensystem seine Leute nicht mehr vor Altersarmut schützen wird.

Aber all diese Veränderungen der Arbeiterklasse in den letzten siebzig Jahren ändern nichts daran, dass sie als einzige die Kraft entwickeln kann, den Kapitalismus zu stürzen und die Menschheit vor dem gemeinsamen Untergang aller Klassen zu retten.

Damit sie das irgendwann kann, braucht sie eine Kraft, die ihr die Einsicht in die Notwendigkeit vermittelt, den kapitalistischen Staat durch ihren eigenen zu ersetzen.

Und diese Kraft kann nur eine Partei sein, die die Verbindung zwischen Arbeiterklasse und der Theorie von Marx, Engels und Lenin herstellt.

Sucht man dagegen die Lösung in Vorbildern wie Bernie Sanders oder den Entwicklungen in Lateinamerika, die sich schon jetzt blamiert haben, eben weil deren Handeln nicht von den Erkenntnissen unserer Theoretiker geleitet war, so kommt man der Lösung nicht näher. Erstaunlich, dass Deppe nicht auf die „großartigen Erfolge“ des „Arabischen Frühlings“ und der Syriza anspielt! Vielleicht ist ihm das ja inzwischen auch peinlich.

Wie Deppe darauf kommt, die Vertreter des Widerstands gegen Faschismus und KPD-Verbot, sowie Genossen mit Massenverankerung in Betrieb, Gewerkschaft und Wohngebiet bei der Minderheit der DKP einzuordnen, erschließt sich mir nicht. Meine Erfahrungen mit der DKP sind anders.

Wie soll die DKP nun mit den Differenzen zwischen Minderheit und Mehrheit umgehen?

Eine gewisse Analogie kann man in der Lage der russischen Sozialdemokratie im Jahr 1902 finden. Die Partei war damals in einer ähnlich marginalen Lage wie heute die DKP und von einer Revolution auch scheinbar unendlich weit entfernt. Und auch in dieser Partei gab es ähnliche Tendenzen und Gruppierungen wie heute in der DKP. Damals schrieb Lenin „Was tun?“. Daraus ein bekanntes Zitat:

*„Wir schreiten als eng geschlossenes Häuflein, uns fest an den Händen haltend, auf steilem und mühevolem Weg dahin. Wir sind auf allen Seiten von Feinden umgeben und müssen fast immer unter ihrem Feuer marschieren.“*

*Wir haben uns, nach frei gefassten Beschluss, eben zu dem Zweck zusammengetan, um gegen die Feinde zu kämpfen und nicht in den benachbarten Sumpf zu geraten, dessen Bewohner uns von Anfang an dafür schalten, dass wir uns zu einer besonderen Gruppe vereinigt und den Weg des Kampfes und nicht den der Versöhnung gewählt haben.*

*Und nun beginnen einige von uns zu rufen: Gehen wir in diesen Sumpf! Will man ihnen ins Gewissen reden, so erwidern sie: Was seid ihr doch für rückständige Leute! Und ihr schämt euch nicht, uns das freie Recht abzusprechen, euch auf einen besseren Weg zu rufen! –*

*O ja, meine Herren, ihr habt die Freiheit, nicht nur zu rufen, sondern auch zu gehen, wohin ihr wollt, selbst in den Sumpf; Wir sind sogar der Meinung, dass euer wahrer Platz gerade der Sumpf ist, und wir sind bereit, euch nach Kräften bei eurer Übersiedlung dorthin zu helfen.*

*Aber lasst unsere Hände los, klammert euch nicht an uns und besudelt nicht das große Wort Freiheit, denn wir haben ja ebenfalls die „Freiheit“, zu gehen, wohin wir wolle, die Freiheit, nicht nur gegen den Sumpf zu kämpfen, sondern auch gegen diejenigen, die sich dem Sumpfe zuwenden.“*

Für diejenigen aus der Minderheit, die auf ihrem Weg der Anpassung an „die Linke“ und andere jeweils aktuelle Modeströmung beharren und unsere Partei auf diesen verhängnisvollen Weg in den Sumpf ziehen wollen, gilt irgendwann der Spruch:

Hier wächst auseinander, was nicht mehr zusammengehört.

## Fernstudium

### ***Frank Flegel: Drittes Seminar unseres gemeinsam mit der KPD organisierten marxistisch-leninistischen Fernstudiums***

Am 24. Und 25. September fand das dritte Seminar unseres gemeinsamen Fernstudiums statt.

Die Themen waren einerseits die kapitalistischen Krisen, dabei vor allem die zyklische Bewegung des Kapitals, also die immer wiederkehrenden Krisen, die im bürgerlichen Sprachgebrauch „Rezession“ heißen, und andererseits die Geschichte und Gegenwart des deutschen Imperialismus.

Wir haben die Ursachen, die Erscheinungsformen und die Auswirkungen der zyklischen Krisen offengelegt, daneben auch andere Krisenformen wie

Strukturkrisen, Rohstoffkrisen, Finanzkrisen und Währungskrisen behandelt, und das immer im Gesamtzusammenhang der kapitalistisch-imperialistischen Entwicklung. Während des Seminars haben wir u.a. gemeinsam die auf Grundlage der bürgerlichen Volkswirtschaft erhobenen ökonomischen Kennziffern der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung analysiert und konnten feststellen, dass Deutschland das ökonomisch führende Land innerhalb der EU geworden ist (in einem Prozess der letzten etwas 10 Jahre, vor allem aber seit der Krise 2008/9) und - was eine neue Qualität darstellt - sich schon in der „Rezession“ 2012 von der zyklischen Krisenbewegung in Europa abkoppeln konnte, d.h. keinen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes hinnehmen musste, während Frankreich, Italien, Spanien und Griechenland (diese vier Länder haben wir genauer betrachtet, für ganz Europa fehlte die Zeit) davon betroffen waren, und, was noch viel interessanter war, dass die aktuellen Wirtschaftsdaten zeigen, dass Frankreich, Italien, Spanien und Griechenland 2015 starke Einbußen ihres Bruttoinlandsproduktes zu verzeichnen hatten, während Deutschland noch immer leichte Zuwachsraten auswies. Es scheint so, als sei Deutschland ökonomisch in der Lage, die Folgen der zyklischen Krise den anderen Ländern der EU aufzubürden und selbst einen immer größeren wirtschaftlichen Vorsprung herauszuarbeiten. Das war das Programm des ersten Tages des Seminars.

Am Abend dieses ersten Tages durften wir dann den Genossen Gerhard Feldbauer begrüßen, der uns einen profunden Überblick über die Geschichte und die Gegenwart der Klassenkämpfe in Italien und die Politik der Kommunistischen Partei bis zu ihrer Selbstauflösung gegeben hat. Wir konnten viel erfahren über die jeweiligen Kräfteverhältnisse, über die internationale Situation, über die Strategie der kommunistischen Partei, über das Wachstum des Opportunismus und Revisionismus in ihr, über ihre Selbstauflösung, über die Entwicklungen danach und die aktuelle Situation. Flankiert hat Gerhard Feldbauer diese Darlegungen mit der Analyse der bürgerlichen Kräfte und deren politischer Organe, die Rolle des italienischen Neofaschismus und die aktuelle Strategie der italienischen Bourgeoisie. An den Vortrag Gerhard Feldbauers schloss sich eine muntere Frage- und Diskussionsrunde an, obwohl die Teilnehmer/innen in der Mehrzahl bereits eine lange und anstrengende Anreise und sechs Stunden intensiver Theoriearbeit hinter sich hatten.

Der zweite Tag war ganz dem deutschen Imperialismus gewidmet. Der Genosse Jürgen Geppert gab einen Überblick über die Geschichte des deutschen Imperialismus von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts über die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs und des Zweiten Weltkriegs bis zur Nachkriegsordnung, Norbert ergänzte diesen historischen Überblick durch eine Analyse der Entwicklung des deutschen Imperialismus nach der Konterrevolution 1989/90 bis heute und stellte dabei besonders die Kontinuität der strategischen Orientierung des deutschen Imperialismus heraus.

Es war intensiv, es war sehr „inhaltsschwanger“, es war sehr gut.

Wir haben jetzt die Analyse des Kapitalismus und seiner imperialistischen Ausprägung abgeschlossen und kommen zur Frage des Sozialismus als Aufhebung des Kapitalverhältnisses, damit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, damit zum Gegengewicht gegen den Imperialismus.

Das nächste Seminar wird Anfang Dezember stattfinden, dann wird es um die theoretischen Grundlängen der politischen Ökonomie des Sozialismus gehen, um die Rolle des Staates im Sozialismus, um die Rolle des Geldes im Sozialismus, um die Frage der Planwirtschaft, der sozialistische Demokratie usw.

Die Diskussion um die konkrete Gestaltung des Themenkomplexes „Sozialismus“ (auf den dann der Themenkomplex „wie kommt man dahin?“, also die Fragen von Parteitheorie, Revolutionstheorie, Strategie, Bündnispolitik usw.usf. folgen werden) war sehr interessant und hat mich sehr gefreut. Unsere Fernstudenten/innen wollten kein Seminar, bei dem sowohl die theoretischen Grundlagen der politischen Ökonomie des Sozialismus als auch die Analyse der bisherigen Praxis des Sozialismus behandelt würde, nein, sie wollten unbedingt alles so intensiv wie möglich, d.h. ein ganzes Seminar zu den theoretischen Grundlagen und ein weiteres ganzes Seminar zur Analyse der vorhandenen Erfahrungen.

So ist es gut und so ist es richtig. Dass dieser Durchgang des Fernstudiums dann voraussichtlich zwei Jahre dauern wird, wurde mit der Bemerkung kommentiert: „Es kann gar nicht lange genug gehen“.

## **Aufruf der KPD**

### **an alle Kommunisten und Sympathisanten**

**Im kommenden Jahr wird wieder mal ein neuer Bundestag gewählt. Wir leben in einer Zeit, die gekennzeichnet ist von einer Zuspitzung der Widersprüche des imperialistischen Systems und der wachsenden Kriegsgefahr.**

**Deshalb will die KPD auch diesmal die Möglichkeit der Beteiligung an der Bundestagswahl in Thüringen nutzen, um den Parteienstatus nach dem Parteiengesetz zu halten und um verstärkt mit der arbeitenden Klasse in Kontakt zu treten. Wir wollen dabei die Möglichkeit nutzen, um über die Ursachen und**

**Folgen des kapitalistischen Profitsystems und dessen Überwindung aufzuklären.**

**Die KPD wird darum ringen, in Thüringen die dazu benötigten 1834 Unterstützungsunterschriften zu sammeln.**

**Wir rufen hiermit alle Kommunisten und Sympathisanten auf, bei der Sammlung von Unterstützungsunterschriften mitzuhelfen.**

**Benötigt wird eine vollständig ausgefülltes Formular für Unterstützungsunterschriften eines Unterstützers, der in Thüringen seinen Hauptwohnsitz hat und dort wahlberechtigt ist.**

**Weitere Informationen und die Möglichkeit, das Formular für die Unterstützungsunterschrift anzufordern, hier:**

**Mail: [schneeeule3@gmx.de](mailto:schneeeule3@gmx.de)**

**Tel: 037468 688271**

**Monika Vogt, Am Fronberg 13, 08233 Treuen**

***Kommunistische Partei Deutschlands***

***Landesorganisation Thüringen***

***Torsten Schowitz***





---

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover

Postvertriebsstück,

DPAG, H 14360

Entgelt bezahlt

